

LINKKE LISTE

SOLIDARISCHE STADT

linke liste • solidarische stadt • greiffenegring 2 • 79098 freiburg • www.lisst-freiburg.de • kontakt: lisst-freiburg@web.de

KOMMUNALWAHL 7. JUNI 2009: ZEIT ABZURECHNEN!

12. November 2006. Alle 94 Stimmbezirke waren ausgezählt. Der Wahlleiter verkündete: Die notwendige Mindeststimmzahl von 37.078 Stimmen wurde erreicht. 41.581 Stimmen für Ja, 17.418 für Nein. Wir lagen uns in den Armen, die meisten jedenfalls. Einige andere hatten lange Gesichter, sehr lange Gesichter, und verkündeten anschließend, die Bürger hätten eben ihre Stadt gegen die Wand gefahren. War dieses Abstimmungsergebnis für den Verbleib der Stadtbau in städtischer Hand für die schwarz/grünen Stadtoberen ein Schicksalsschlag, der für diese nur mit mangelnder Kenntnis der Abstimmenden über hoffnungslose Haushaltslage der Stadt zu erklären war, so wussten die Bürgerinnen und Bürger, dass ein wichtiger Erfolg errungen war. Kaum 4 Wochen später wandelte sich der Ton der offiziellen Verlautbarungen, es begann die Zeit der Wunder. Die Einnahmen sprudelten und widerlegten alle Katastrophenszenarien von schwarz/grün. Der Doppelhaushalt 07/08 wurde verabschiedet und genehmigt.

Rund 8.000 Mieterinnen und Mieter überweisen ihre Miete seitdem weiter an die Stadtbau. Ihnen blieb erspart, was viele Mieter nach einer Privatisierung erlebt haben. Dass sich niemand mehr um die Wohnungen kümmert, kein Ansprechpartner da ist, die Mieten gleichwohl erhöht werden und zudem die Angst vor Umwandlung in teure, für die Altmieter nicht mehr bezahlbare Eigentumswohnungen wächst.

Die ehemaligen Stadtbau-Wohnungen Auggener Weg 2-6, verkauft vor dem Bürgerentscheid an die GAGFAH, sind in einem katastrophalen Zustand, die Mieten wurden um 20% erhöht, die GAGFAH lässt sich nicht blicken, auch nicht auf Mieterversammlungen. Eine ähnliche Situation in der Krozinger Str. 15-25, wo die Wohnungen der Dt. Annington gehören.

Nicht erspart blieb den Mieterinnen und Mietern dagegen, für bezahlbare Mieten gegen die Stadtbau verstärkt zusammen stehen zu müssen. Neue Mieterinis entstanden, tatkräftig von WiM-Wohnen ist Menschenrecht, unterstützt. Noch immer - vermeldete die BZ am 18.12.2008 - wohnt man in Freiburg aber nirgendwo günstiger als in städtischen Wohnungen. Die Durchschnittsmiete bei der Stadtbau beträgt 4,97 € pro Quadratmeter, die Durchschnittsmiete im Freiburger Mietspiegel ist 6,91 €. Ein beträchtlicher Unterschied für rund 20.000 Menschen in dieser Stadt. Er lohnt sich, der Kampf für bezahlbare städtische Wohnungen.

DER AUSVERKAUF STÄDTISCHER WOHNUNGEN IST NICHT VOM TISCH

Und was ist am 13.11.2009? Der Bürgerentscheid hat den Verkauf städtischer Wohnungen für 3 Jahre gestoppt, und die laufen am 12.11.09 aus. Wir glauben nicht, dass die Apologeten von Privatisierungen und Befürworter des Verkaufs die neuen Verkaufspläne schon in der Schublade haben. Aber wir können 2 und 2 zusammen zählen!

Das eine ist die wirtschaftliche Entwicklung: Ohne Schreckensszenarien zu malen, wir glauben keinen offiziellen Prognosen der Stadt, die jetzt in die

andere Richtung gehen. Die Stadt sei diesmal gut gerüstet, so der OB. Was aber ist los - nach der Gemeinderatswahl, wenn die tatsächlichen Steuereinnahmen weit hinter den Prognosen zurück bleiben, auf die sich der neue Doppelhaushalt stützt. Wo wird diese Verwaltung - nach aller Erfahrung mit ihr - den Rotstift ansetzen und das fehlende Geld holen wollen?

Und das zweite: Eben dieser Masterplan, beschlossen von einer satten Gemeinderatsmehrheit um schwarz/grün, sieht bei sinkenden Einnahmen zwingend den Verkauf städtischen Vermögens vor, um mindestens 15 Mio. € pro Jahr der aufgenommenen Kommunalkredite zurück zu zahlen und weitere 15 Mio. € für Sanierungsmaßnahmen ausgeben zu können - vorrangig für Straßen, dann für Schulen - also 30 Mio. € für diese beiden Posten pro Jahr bis 2015, unabhängig von der Entwicklung der Einnahmeseite. Eine für uns völlig inakzeptable



Knebelung des künftigen Gemeinderats, die zeigt, dass die alten Begehrlichkeiten nicht aufgegeben sind. Will man nämlich an der profitablen Beteiligung bei badenova festhalten, dann bleibt nur der Verkauf von Wohnungen, diesmal dann vielleicht häppchenweise. Mit uns nicht, und falls erforderlich, werden wir nochmals einen Bürgerentscheid unterstützen.

ÖKO - LORBEEREN UND GREEN CITY

„Wir werden überrannt“, erklärte OB Salomon am 20.2.08 in der BZ, und meinte damit das Plus von 14% bei den Touristen und das wachsende internationale Interesse an Solarenergie, Mülltrennung und Vauban. Green City wurde als neuer Slogan kreiert. Damit sind aber nicht die Polizeiwannen gemeint, die Samstag Nacht am Martinstor stehen und Freiburgs neue Polizeiverordnung durchsetzen sollen, wonach Alkoholkonsum nur in geschlossenen Räumen zulässig ist, wo abkassiert wird. Gemeint ist die Vermarktung von jahrzehntelangen Öko-Kämpfen, die in Wyhl begannen und noch lange nicht beendet sind. „Freiburg ruht sich auf seinen Öko-Lorbeeren aus“, das war die Quintessenz einer Veranstaltung am 3.3.08 in der Universität. Intersolar in San Francisco, Freiburg für 400.000 € auf der Expo Shanghai und Salomon von Bill Clinton

eingeladen - all das ändert nichts daran, dass Freiburg das 1996 vom Gemeinderat beschlossene Ziel einer Einsparung von 20% Kohlendioxid bis 2010 bei weitem verfehlen wird. Es werden gut gerechnet 5 - 6 % sein und die jüngsten Beschlüsse der Gemeinderatsmehrheit reichen bei weitem nicht aus, um das neue Ziel, 40% Einsparung von CO₂ bis 2030, auch nur für annähernd realistisch zu halten.

DIE GANZE STADT IM BLICKFELD

Eine ökologische Stadtentwicklung ist für uns von zentraler Bedeutung, reicht aber bei weitem nicht für eine lebenswerte Stadt. Wir sehen die ganze Stadt in ihrer Entwicklung. Die soziale Frage verschärft sich und die Stadtbevölkerung droht weiter auseinander zu driften. Die Einführung des Freiburg Passes zum 1.1.08 ist Ergebnis jahrelanger Bemühungen des Runden Tisches Harz IV, ein Erfolg sicherlich gegen anhaltenden Widerstand, aber bei weitem nicht ausreichend. Eine ordentliche Wohnung, der Eintritt ins Städtische Bad, die Fahrt mit der Straßenbahn, das Kind in der Kita, der Besuch im Theater und im Museum - Freiburg könnte für wahr stolz sein, wenn all das für keinen Mann und keine Frau in der Stadt am Geld scheitern müsste.

Millionen für Schulsanierungen sind notwendig, aber die Stadt vernachlässigt sträflich den Humanfaktor. Weiterhin wird an Menschen gespart, Ganztageschulen gebaut, aber die Eltern und Lehrer alleine gelassen mit der neuen Situation. Für die Gemeinderatsmehrheit ist jede Million, die an die Bauwirtschaft geht, gut ausgegeben, aber jeder €, den ein Sozialarbeiter mehr kostet, verlorenes Geld. Dieselbe Denkweise bestimmt auch die Konjunkturprogramme aus Berlin. Wir sehen das anders: Gute und sichere Arbeitsplätze sind in jeder Hinsicht das entscheidende Kapital unserer Gesellschaft, ohne die nichts geht und schon gar nichts vorwärts geht. Der rigiden Personaleinsparpolitik des OB, weitere 3 Mio. € dieses und nächstes Jahr im Personalhaushalt zu kürzen, frei werdende Stellen einfach nicht zu besetzen, werden wir uns deshalb gemeinsam mit der Gewerkschaft und dem Personalrat widersetzen.

DIE STADT DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN ZURÜCK GEBEN

Wir überlegen weiter, wo wir Politik transparenter machen können, den Beteiligungshaushalt vom Kopf auf die Füße, nämlich in die Stadtteile bringen können, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - vor allem für alleinerziehende Frauen - verbessern und Kinder aus armen Familien unterstützen können, sowie die Stadt, die zunehmend zum Spielball von Projektentwicklern und Bauinvestoren wird, ihren Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Gemeinderat zurückgeben können.

Bald 5 Jahre Arbeit gemeinsam mit den KollegInnen von den Unabhängigen Frauen und der Kulturliste

liegen hinter uns. 5 Jahre, in denen die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen (UL) sich zu einer respektablen Opposition gegen schwarz/grün im Freiburger Gemeinderat entwickelt hat. Wer meint, dass 3 GemeinderätInnen der LINKEN LISTE/Solidarische Stadt entscheidend zu wenig sind, der sollte uns seine Stimmen am 7.6. geben, damit wir gestärkt durch neue Kräfte und hoffentlich wieder gemeinsam mit den KollegInnen der anderen Listen unsere Arbeit fortsetzen können.

Michael Moos

Stadtrat der LINKEN LISTE/Solidarische Stadt

Die LINKE LISTE tritt zu den Kommunalwahlen im Juni 2009 an, weil ein anderes Freiburg, eine solidarische Stadt nötig ist.

Nicht erst durch die Wirtschaftskrise leben in Freiburg tausende Menschen von Hartz IV. Kinder aus armen Familien haben, ebenso wie Kinder von Migrantinnen und Migranten schlechte Chancen in Freiburg - trotz oder auch wegen der Elite-Uni. Darüber schreiben wir auf [Seite 4 und 5](#).

Die Unabhängigen Listen sind in den vergangenen Jahren gegen die Kürzung von Geldern im sozialen Bereich ebenso wie für den Zugang zu Kultur für alle Freiburgerinnen und Freiburger eingetreten. Über die Arbeit der Fraktion berichten wir auf [Seite 2](#).

Brenndestes Thema sind in Freiburg weiterhin die Wohnungen und Mieten. Durch steigende Mieten und Nebenkosten bleibt vielen Menschen jeden Monat nichts mehr von ihrem Einkommen übrig. Wäre es OB Salomon und Schwarz-Grün gelungen, die Wohnungen zu verschwebeln, sähe es noch schlimmer aus. Doch der erfolgreiche Bürgerentscheid macht Mut, sich auch den hohen Mieten entgegenzustellen. Mehr dazu auf [Seite 3](#).

Hand in Hand mit dem Sozialabbau werden auch die Grundrechte der Menschen eingeschränkt. Videoüberwachung, Einschränkung des Versammlungsrechts und Razzien in islamischen Einrichtungen: Mit Verbotspolitik und Überwachung sollen die Menschen mundtot gemacht werden. Über die Proteste dagegen berichten wir auf [Seite 6](#). Dort auch die Informationen über die internationalen Friedensdemonstrationen gegen den NATO-Gipfel Anfang April in Südbaden.

Mit dieser Zeitung möchten wir - genauso wie mit unseren Abgeordneten im Gemeinderat - allen eine Stimme geben, die unter der Politik von Schwarz-Grün in Freiburg und der Großen Koalition in Berlin leiden. Die Erfolge der Erwerbsloseninitiative gegen Hartz IV oder der Uniklinik-Beschäftigten, die hier zu Wort kommen, sollen keine Einzelbeispiele bleiben. Deshalb freuen wir uns für die nächste Ausgabe über Berichte und Anregungen. **Diese Zeitung ist auch Eure Zeitung!**

Und deshalb freuen wir uns auch über Eure Mitarbeit in der LINKEN LISTE - solidarische Stadt, einem Personenbündnis, in dem Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Erwerbslose und Studierende ebenso mitarbeiten wie Globalisierungskritiker, Mitglieder der DKP, von DIE LINKE und linke Christen.

Die Redaktion

Das Erfolgsrezept für eine solidarische Stadt: die Fraktion Unabhängige Listen

Viele waren skeptisch. In der Linken Liste-Solidarische Stadt, bei den Unabhängigen Frauen und erst recht bei der Kulturliste kult. Konnte das funktionieren, drei so unterschiedliche Listen in einer Fraktion. Und wo sollte die politische Klarheit sein? Und wo kreative Spontaneität und Offenheit? Zusammengehen mit den Kommunisten? Eine Männer-dominierte Fraktion? Radikale Opposition mit bürgerlichen Kulturschicki-Mickis? Wir haben es dennoch gewagt. Und das ist gut so.

In aller Bescheidenheit: die Unabhängigen Listen haben die Landschaft der Freiburger Kommunalpolitik verändert. Sie haben die Opposition gegen den neoliberalen Kurs der schwarz-grünen Allianz größer und stärker gemacht und sie haben sie bunter gemacht. Und die Breite und Vielfalt der inhaltlichen Debatten in der Fraktion haben zu einer größeren Tiefe – und damit auch Schärfe geführt. So sind inhaltliche Positionen nicht verwässert worden, sondern haben im Gegenteil an Klarheit gewonnen. Wenn in der Linken Liste mehr über Theater und Museen diskutiert wurde und über die Rolle der Kultur als Identitätsstifterin

in einem Gemeinwesen, das eben auch und gerade durch Kultur zu einer Gemeinschaft wird und damit auch Solidarität hervorbringen kann, wenn in der Linken das Verständnis dafür, dass Gender Mainstreaming weder die moderne Fortsetzung einer Frauenpolitik ist noch diese ersetzen kann, wenn Kulturschaffende und Kunstfreunde sich mit der Notwendigkeit einer Gewerbesteuer-Erhöhung und der Einführung eines Sozial-Tickets beschäftigen - dann tut sich was in den Köpfen, dann tut sich was in der Freiburger Kommunalpolitik.

Und es hat sich etwas getan.

Und dann schreibt die Badische Zeitung mittlerweile von den „vier großen Fraktionen“. Natürlich ist das Ausdruck einer gewachsenen Stärke der Unabhängigen Listen, der linken Opposition im Gemeinderat (ja, mittlerweile sieht sich auch kult, sehen sich die kult-Stadträte als Teil der „linken“ Opposition).

Diese gewachsene Stärke macht sich in der tagtäglichen Arbeit im Gemeinderat durchaus

bemerkbar. Es ist aber eben auch Ausdruck eines gewissen Respekts, Ausdruck der Tatsache, dass die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen zu allen wesentlichen inhaltlichen Auseinandersetzungen in der Freiburger Kommunalpolitik der letzten Jahre klare und nachvollziehbare Positionen bezogen hat. Positionen, die in sich stringend und konsequent waren. Und die eine deutliche Gegenposition gegen den neoliberalen Kurs des „Sparens um jeden Preis“, des „schlanken Staats“ mit drastischem Personalabbau bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften, des Privatisierens öffentlichen Eigentums, der Orientierung an Investoreninteressen, der Politik der verschlossenen Türen und mit seiner Angst vor echter Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie.

In Stichpunkten einige Beispiele: Im Flächennutzungsplan 2020 wendet sich nur die UL gegen einen übertriebenen Flächenfraß. Auch die Grünen versuchen „Ökologie und Notwendigkeit für Wachstum“ zu vereinen.

PPP: ohne jede Einschränkung lehnt die UL eine Übertragung von 10 sanierungsbedürftigen Schulen an einen Generalinvestor ab. Mittlerweile ist bewiesen: die Sanierung der Schulen geht auch so. Millionenausgaben an einen Investor wurden so vermieden, die Schulen vor „feindlicher Übernahme“ geschützt.

Über 25.000 Unterschriften gibt es gegen die Pläne der schwarz-grünen Allianz zur Schließung, bzw. Verlagerung des Adelhausermuseums. Die UL steht wie die SPD an der Seite der Beschäftigten und der Freunde des Museums, die diese Pläne schließlich verhindern.

Beharrlich und konsequent wendet sich die UL gegen die 10%-Kürzungen der Zuschüsse an freie Träger bei Kultur, Sozialem und Sport. Bisher sind leider nur ein kleiner Teil dieser Kürzungen zurückgenommen worden, die zu einer Reduzie-

rung der Angebote und Vielfalt führen und ein Schlag ins Gesicht der vielen ehrenamtlich Tätigen in diesen Bereichen sind. Sozialticket war, ist und bleibt eine der zentralen Forderungen der UL. Niemand darf vom gesellschaftlichen Leben und von Mobilität ausgeschlossen werden.

Eine Konsolidierung des städtischen Haushalts darf nicht auf dem Rücken der städtischen Beschäftigten erreicht werden. Die UL lehnt die Pläne des grünen OB zu einem 20%igen Personalabbau bei der Stadt eindeutig ab.

Die UL ist eine der treibenden Kräfte in der Initiierung eines Beteiligungshaushaltes, dessen derzeitige Ausgestaltung noch verbesserungswürdig ist, vor allem durch eine Stärkung des Mittels der Stadtteilversammlungen.

Der Bürgerentscheid gegen die Wohnungsverkäufe war das herausragende kommunalpolitische Ereignis der letzten Jahre. Mit eigenen Veranstaltungen, mit klarer Position, mit einem Vertreter im Geschäftsführenden Ausschuss der BI Wohnen ist Menschenrecht trägt die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen, wie auch die SPD, gemeinsam mit der Linken Liste-Solidarische Stadt, gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern und den Beschäftigten der FSB wesentlich zum Erfolg der Bürgerinitiative bei, die von schwarz-grün geplanten Wohnungsverkäufe zu verhindern.

Widerstand gegen unsoziale und undemokratiefeindliche Politik kann nur durch eine starke außerparlamentarische Opposition erfolgreich sein. Eindeutig gegen die UL und ihre Politik der Einbeziehung außerparlamentarischer Opposition sind die neuen Regelungen zur Verschwiegenheitspflicht gerichtet. Die UL sagt: Demokratie braucht Transparenz – für ein Gläsernes Rathaus.

Hendrijk Guzzoni



Seit 2004 für die LISST im Freiburger Gemeinderat: Michael Moos, Hendrijk Guzzoni und Ulrike Schubert

Wie weiter mit dem Beteiligungshaushalt? Stadtteilversammlungen sollen Haushalt mitentscheiden

Am 16. Dezember 2008 fand mit den Beschlüssen zum Doppelhaushalt 2009/2010 gleichzeitig der erste Beteiligungshaushalt Freiburgs seinen vorläufigen Abschluss.

Mit der durch die BürgerInnen erstrittenen Beteiligung im Bürgerentscheid gegen den Wohnungsverkauf wurde der Gemeinderat beschleunigt – aber auch zum Erstaunen vieler engagierter BürgerInnen - sozusagen dahingetragen, einen Beteiligungshaushalt auf den Weg zu bringen. Dass sich die Schwarz-grüne Allianz dabei eher bessere Einsicht ins Sparen erhoffte ist das Eine – dass die BürgerInnen selber vor allem in der Stadtkonferenz im Juni die Sparvorschläge kritisierten und kreative Vorschläge für eine soziale und kulturelle Stadt Freiburg aufstellten, ist die andere und entscheidende Seite.

Die Stadtkonferenz im Juni 2008 setzte sich in erster Linie für eine soziale Stadt mit engagierten Voten für mehr Ganztagschulen und bessere Kinderbetreuungsangebote, gegen Kürzungen im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich ein, für die Ausweitung des FreiburgPasses sowie eindeutig für ein „Freiburg-Ticket“ für Geringverdienende und Hartz-IV-EmpfängerInnen, für bezahlbaren Wohnraum, für seniorengerechte Gestaltung öffentlicher Plätze, den Verzicht auf Großprojekte, für einen Freiburger Armuts- und Reichtumsbericht.

So wurde nach Debatten in Stadtteilarbeitsgruppen, der AG Soziales und der Gruppe „Jugend im Haushalt“ aus dem eher einseitig vorgegebenen Ziel „Attraktives Wohnen“ (für Mieter oder für Vermieter?) die durchgehende Forderung nach „bezahlbarem Wohnraum für alle“.

Die exakte Dokumentation der Stadtkonferenz kann zum Nachlesen nur empfohlen werden.

Eine Evaluation der einzelnen Phasen des Beteiligungsprozesses inklusive der Bürgerbefragung und des Online-Haushalts, die Würdigung der Bürgervoten durch die Gemeinderäte und die Auswertung aller Haushaltsbeschlüsse wird jetzt im Frühjahr stattfinden. Hier zeigt es sich, ob die Gemeinderatsfraktionen die Bürger ernst nehmen oder ob sie sich nur jeweils genehme Einzelheiten herauspicken.

Wichtig für die Auswertung ist die Einbeziehung der gemeinderätlichen Arbeitsgruppe (Gemeinderäte, Verwaltung und Lokale Agenda sind daran beteiligt), des Runden Tisches mit Vertretern aus sozialen Organisationen, der Gewerkschaften, der Wirtschaft, den Kirchen, der Jugend sowie den TeilnehmerInnen der Stadtkonferenz.

Direkt anschließend an diese Evaluation sollte die rechtzeitige Planung des 2. Beteiligungshaushaltes für das Haushaltsjahr 2011/12 beginnen, mit in den Stadtteilen

gut vorbereiteten BürgerInnenversammlungen – Fragebögen im Vorfeld nicht ausgeschlossen! Besonders Jugendliche, Senioren, Menschen mit Behinderung und MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund sollten sich besser einbringen und mit eigenen Voten beteiligen können.

Die CDU präferiert für den nächsten Beteiligungshaushalt eine sogenannte „Beteiligung“ per Fragebogen – jeder einzeln und für sich allein zuhause. Demokratische Bürgerversammlungen in Stadtteil- oder Stadtkonferenzen sind nicht erwünscht. Demoskopie statt Demokratie?

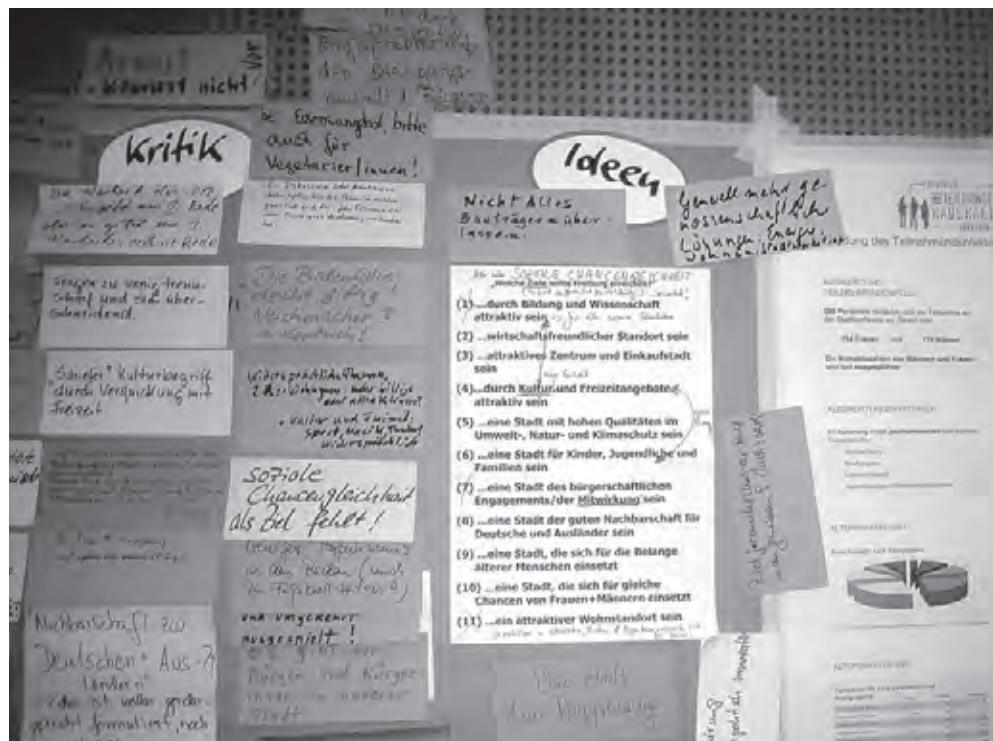
Als Finanzrahmen hat der Gemeinderat für 2009 einen Betrag von ganzen 30.000 €, für 2010 über 40.000 € beschlossen. Da kann man nur sagen: Auch Demokratie kostet reales Geld!

Zum Thema „Gender Budgeting“ - also ein geschlechtergerechter Beteiligungshaushalt - ist ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderats für 2009 geplant.

Die Linke Liste - Solidarische Stadt fordert einen gut vorbereiteten demokratisch organisierten, lebendigen Meinungsbildungsprozess in Stadtteilen oder Stadtbezirken und auf stadtübergreifenden Foren.

Die Lebendigkeit, der Ideenreichtum und die Sachkompetenz der BürgerInnen – selbstverständlich unterstützt durch umfassend aufbereitetes Datenmaterial der Verwaltung - wird mit jedem weiteren Beteiligungshaushalt eine wirkliche kommunale Demokratie für Freiburg voranbringen.

Ulrike Schubert



Wohnen ist Menschenrecht

Mietenpolitisches Programm der Linken Liste

Wohnungs- und Mietenpolitik ist wesentlicher Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge. Ausgehend von der sozialen Verpflichtung von Eigentum, wie im Grundgesetz festgehalten, sind wir der Auffassung, dass Wohnungen nicht als reine Ware betrachtet werden dürfen.

Aus diesem Grund wird die Linke Liste auch weiterhin mit allem Nachdruck, mit größter Konsequenz jegliche Versuche bekämpfen, den Bestand kommunaler Wohnungen zu privatisieren.

Freiburg braucht nicht weniger, sondern mehr Wohnungen in städtischem Eigentum. Nur Wohnungen in städtischem Eigentum unterliegen einer öffentlichen Kontrolle und damit einer politischen Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger. Wohnverhältnisse, Mieten und Nebenkosten beeinflussen wesentlich die Lebensverhältnisse der Menschen. Die Linke Liste sieht in der Woh-

nungs- und Mietenpolitik einen der zentralen Schwerpunkte der Kommunalpolitik.

Wohnungs- und Kommunalpolitik hat nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid 2006 noch an Bedeutung gewonnen. Freiburger Bürgerinnen und Bürger haben einen wesentlichen Schritt getan, die städtischen Wohnungen aus dem Würgegriff neoliberaler Privatisierungspolitik zu befreien. Dies hatte Signalwirkung weit über die Grenzen Freiburgs hinaus.

Nun muss der nächste Schritt folgen, hin zu einer sozialen Wohnungs- und Mietenpolitik, die die Interessen und realen Lebensverhältnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die Linke Liste unterstützt mit allem Nachdruck und ohne Einschränkung den Widerstand der Mieterinnen und Mieter in vielen Quartieren,

insbesondere in der Beurbarung gegen ungerechtfertigte und unsoziale Mieterhöhungen. Die Linke Liste unterstützt mit allem Nachdruck und ohne Einschränkungen die Bemühungen der Bürgerinitiative WiM für eine soziale Wohnungs- und Mietenpolitik. Und die Linke Liste unterstützt vollumfänglich das Mietenpolitische Manifest der WiM.

Insbesondere teilt die Linke Liste die folgende Forderungen:

- Stopp der Mieterhöhungen städtischer Wohnungen für (mindestens) ein Jahr
- Einrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle
- Außer-Kraft-Setzen des derzeitigen fehlerhaften und unsozialen Mietspiegels
- Die Höhe der Mieten müssen die soziale Lage der MieterInnen berücksichtigen und dürfen 25% des Einkommens nicht übersteigen
- Die FSB muss ihrem sozialen Auftrag gerecht werden
- Mieten der FSB dürfen nicht ohne weiteres an den Mietspiegel herangeführt werden
- Über Mieterhöhungen muss der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung beschließen
- Ausbau der Mietermitbestimmung
- Transparente Nebenkostenabrechnungen
- Instandsetzungspauschalen auf ein Sonderkonto Verwendung ausschließlich für Instandsetzungen im jeweiligen Quartier

- Erhalt und Ausbau des sozialen Mietwohnungsbaus.

Die Linke Liste tritt für eine radikale Wende in der Mieten- und Wohnungspolitik in Freiburg ein. Grundvoraussetzung für eine solche Wende ist, dass die unmittelbar Betroffenen, die Mieterinnen und Mieter, selbst für ihre Interessen aktiv werden und die Schaffung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für eine soziale Mietenpolitik.

Die Linke Liste will hierzu einen positiven Beitrag leisten.

Erinnern Sie sich:

2007 war das Jahr, in dem der finanzielle Kollaps, die absolute Zahlungsunfähigkeit prognostiziert wurde für den Fall, dass die städtischen Wohnungen nicht verkauft würden.

Nun hat das Rechnungsprüfungsamt das Ergebnis für 2007 vorgelegt:

die Stadt hat mit einem Überschuss von über 50 Millionen Euro abgeschlossen!

Ohne Wohnungsverkäufe.



Wie lebt es sich in Weingarten?

Frau Lauck, Sie wohnen in Weingarten. Was bedeutet die Sanierung konkret für Ihre eigene Lebenssituation?

Die Sanierung unserer Häuser war mehr als notwendig, weil wir mit den undichten Fenstern und unabgedichteten Wänden hauptsächlich Freiburg geheizt haben und das auch noch bezahlen mussten.

Können Sie sich Ihre Wohnung nach der Sanierung noch leisten?

Es wird jedenfalls immer schwieriger. Da in zwei Jahren die nächste Mieterhöhung kommt, werden die Mietkosten einschließlich der Nebenkosten fast unerschwinglich. Wenn ich aber in eine kleinere Wohnung ziehe und die neuen Mietspiegelpreise bezahlen muss, komme ich nicht viel besser weg. Außerdem laufe ich Gefahr, in eine Gegend ziehen zu müssen, wo ich wieder alle sozialen Kontakte neu aufbauen muss. Da ich bereits 60 Jahre alt bin, werden die sozialen Kontakte immer wichtiger für mich. Man kann ja auch mal krank werden und auf Nachbarschaftshilfe angewiesen sein. Außerdem werden dann weite Wege zum Einkaufen auch immer beschwerlicher.

Sie arbeiten ja auch bei der Spieloffensive mit. Schildern Sie doch kurz Ihre Arbeit.

Der Spielturn ist ein sehr schönes Haus mit einer Riesenrutsche daran. Die Spieloffensive gehört zum Forum Weingarten 2000 e.V. Der Spielturn wurde mit Architekturstudenten und den damaligen Kindern selbst entworfen. Das Angebot ist vor allem für die Schulkinder von 7-14 Jahren, die vielleicht nicht in einen Hort gehen können. Ich begleite da eine Mädchengruppe für das Alter von 9-14 Jahren. Es werden kleine Ausflüge gemacht, gebastelt, gekocht und gebacken und Sport getrieben (Schwimmen, Klettern). Was ich leider immer feststellen muss: Die Mädchen in unserem Stadtteil, die einen Migrationshintergrund haben oder aus armen Familien sind,

werden gleich in der Grundschule abgestempelt und landen entweder in der Förderschule oder bestenfalls in der Hauptschule. Nur selten haben sie die Chance eine Realschule oder gar ein Gymnasium zu besuchen, obwohl das fast immer gar nichts mit mangelnder Intelligenz zu tun hat. Das hat sich vor allem in einem Theaterprojekt gezeigt, das uns vom Stadttheater angeboten wurde und auch in einem Musicalprojekt, das wir mit einer Mitbewohnerin, die Künstlerin ist, durchgeführt haben und bei dem die Mädchen mit Feuereifer dabei waren, ihr ganzes Können unter Beweis stellen konnten und einfach Großartiges geleistet haben.

Sie betreuen eine Mädchengruppe. Welche Auswirkungen haben die städtischen Kürzungen auf Ihre Arbeit?

Ich begleite eine Mädchengruppe, und zwar auf Honorarbasis (gegen Aufwandsentschädigung), einmal in der Woche. Wegen der Kürzungen mussten wir die Gruppenangebote in den Ferien streichen. Das trifft die Mädchen in unserem Stadtteil ganz besonders, weil sich die wenigsten Familien hier leisten können, in den Urlaub zu fahren oder gar zu fliegen. Dann fallen die größeren Unternehmungen weg, die wir in den Ferien machen konnten, z. B. Übernachtungen, Fahrten in die Umgebung, Besuch von Tierparks, Erlebnisparks, Schwimmbadbesuche usw., d. h. die Ferien sind jetzt für die Mädchen meist sehr langweilig. Auch unser beliebtes Geisterbahnprojekt Ende Oktober/Anfang November musste ausfallen, das wir immer selbst gestaltet haben, verbunden auch mit kleinen Theateraufführungen und Gruselgeschichten für die andern Kinder auf dem Parkdeck.

Vielen Dank für das Gespräch, Frau Lauck.

Mit Elisabeth Lauck-Ndaye sprach Anne Reyers

Mietbelastung für Freiburgs BürgerInnen wächst ins Unerträgliche: Neue Mehrheiten im neuen Gemeinderat müssen für Stop weiterer Mieterhöhungen sorgen.

Die Ergebnisse der Studie des Immobilienverbands Deutschland (IVD) zur Mietbelastung in Freiburg bestätigen die leidvollen Erfahrungen Freiburger MieterInnen: durchschnittlich 44 Prozent des Einkommens, so die Studie, müssen die FreiburgerInnen für ihre Wohnungen ausgeben. Bei vielen MieterInnen, insbesondere bei solchen mit geringem Einkommen, liegt die Belastung für die Miete inzwischen bei weit mehr als der Hälfte des Einkommens.

Die LINKE LISTE - Solidarische Stadt erinnert die PolitikerInnen der schwarz-grünen Allianz im Freiburger Gemeinderat an ihre Mitverantwortung für diese skandalösen Zustände, die zuletzt durch schwarz-grüne Mehrheitsbeschlüsse zur Mietenanpassung an den umstrittenen neuen Mietspiegel in Stadtbau- und anderen stadteigenen Wohnungen deutlich verschärft wurden.

Die LINKE LISTE - Solidarische Stadt erinnert die Freiburger BürgerInnen daran, dass nach der Gemeinderatswahl im Juni eine neue, andere Mehrheit den Stop der Mieterhöhungen und die Rückführung überhöhter Mieten durchsetzen kann.

Die LINKE LISTE - Solidarische Stadt ruft alle von Mieterhöhungen Betroffenen dazu auf, weiter politisch und rechtlich gegen diese vorzugehen, und damit positive Entscheidungen im neuen Gemeinderat gut vorzubereiten.

Die LINKE LISTE - Solidarische Stadt wird alles in ihrer Macht stehende tun, um die unerträglichen Belastungen durch Mieten und Nebenkosten zu reduzieren. Freiburg muss bezahlbar sein!

*Für die LINKE LISTE - Solidarische Stadt
Bernd Wagner, Hendrik Guzzoni, Thomas Burkert*



Freiburg-Wiehre: Reiche Neubürger

In der Wiehre tut sich was. Die Alten sterben und ein renommiertes Immobilienbüro versucht die Lücken zu schließen. Regelmäßig finden Anwohner Schreiben im Briefkasten vor, für zahlungskräftige Kunden würden Objekte gesucht.

Europaweit wird das große Geld auf „Objekte“ aufmerksam gemacht, die zum Verkauf stehen. Die ortsansässige Bevölkerung kann dabei meist nicht mithalten, da für die neuen Interessenten Geld nur eine untergeordnete Rolle spielt. Nach

dem Kauf wird erst mal abgerissen und dann zum Leidwesen der Anwohner mehr als ein Jahr lang gebaut. Tiefgarage mit Aufzug und Swimmingpool gehören ja zur Grundausstattung.

Gewohnt wird nach Fertigstellung selten im neuen Heim. Man hat ja noch andersorts Pflichten. Der Entmischung und Entvölkerung des Stadtteils wird damit jedenfalls nicht entgegengewirkt.

Runder Tisch an der Seite der Erwerbslosen

Wer sich auffällig verhält in der Stadt, soll verschwinden! Wer falsch demonstriert, auch! Wer arm ist, soll sich ruhig verhalten, sich von zu Hause aus immer während bewerben, ständig billigere Wohnungen suchen, die es leider in Freiburg nicht gibt, nicht nötig in der Gegend herumfahren und ansonsten warten, bis die ARGE neue Anweisungen erlässt: Falsche Anweisungen sehr häufig, Androhungen fast immer und manches Mal auch verordnete Arbeit zum Ein-EURO-Hungerlohn.

Es gibt Menschen, auch in Freiburg, die sich wehren gegen diese und andere Formen der Ausgrenzung, der Vereinzelung, die sich gegenseitig Mut machen und öffentlich einfordern, dass Alle das Recht haben auf menschenwürdiges Leben, auch in Freiburg. Etwas durchsetzen gegen die Mächtigen geht nur gemeinsam, in einer Gewerkschaft beispielsweise oder bei WiM, bei der Straßenzentrale, einer Frauengruppe, beim Rasthaus oder bei der LINKEN LISTE. Oder auch am „Runden Tisch“.

Beim „Runden Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg“ machen hauptsächlich Leute mit, die als BezieherInnen von Arbeitslosengeld II in die Fänge der Hartz-Gesetze geraten sind. Wir sind präsent am „Bollerwagen“ vor der ARGE, begleiten uns gegenseitig beim Gang zum Sachbearbeiter, vermitteln Beratung und laden ein zu unseren „Motzabenden“. Per Presse, Internet und in direktem Kontakt mit den vor Ort Verantwortlichen machen wir öffentlich Druck und stellen konkrete Forderungen an ARGE, Agentur für Arbeit, Gemeinderat und Stadtverwaltung.

Auch die Initiative für den FreiburgPass und für ein Sozialticket sind „Kinder“ des Runden Tisches. Seit Februar 2008 gibt es nun den FreiburgPass (www.freiburgpass.de). Die mehr als 20.000 Menschen, die mit Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes leben, erhalten ihn kostenlos bei der ARGE oder beim Sozial- und Jugendamt. Mit den mehr als 40 Vergünstigungen, die der FreiburgPass bietet, können sie trotz ihrer knappen Finanzen mehr als bisher am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Von Anfang an war es ein zentrales Ziel der Initiative für einen

FreiburgPass, das Recht auf Mobilität durch die Einführung eines Sozialtickets zu gewährleisten, d.h. einer deutlich verbilligten Monatskarte wie auch Einzelfahrscheinen für alle MitbürgerInnen, deren Einkünfte zu gering sind im Verhältnis zu den „Normalpreisen“ der VAG.

Trotz intensiver Bemühungen sind wir von diesem Ziel noch ein ganzes Stück weit entfernt. Erfolgreiche Initiativen in anderen Städten machen Mut, dies auch in Freiburg bald zu erreichen.

Sie können mithelfen, dass wir dies auch für Freiburg schaffen.

Der Runde Tisch ist unabhängig von Organisationen oder Parteien, wirkt nur durch das Engagement der TeilnehmerInnen.

Mitmachen ist erwünscht!

Ihr findet uns:
Im Internet: www.runder-tisch-freiburg.de
Per Mail: runder-tisch-freiburg@web.de

Jeden 2. Dienstag im Monat ab 19 Uhr beim Plenum,
jeden 4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr beim „Motzabend“ im Treffpunkt im ZO (Zentrum Oberwiehre),
Montags, mittwochs (vorm.) und donnerstags (nachm.) am Bollerwagen vor der ARGE.

Für den Runden Tisch
Jürgen Rombach, Martin Klaus, Thomas Burkert



„Wir bezahlen eure Krise nicht“ Bundesweite Demonstration am 28.3. in Frankfurt

Täglich kommen nun die Nachrichten von Arbeitsplatzabbau, Banken und Unternehmenszusammenbrüchen. Auch die Gewerkschaften wurden vom Zeitpunkt und der Heftigkeit dieser Krise überrascht.

Auch in Teilen der Gewerkschaften wurde zu gerne daran geglaubt, dass nun die „Arbeitsmarktreformen“ der letzten Jahre wirken und die Arbeitslosigkeit weiter zurück gehen würde.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Es ist die Politik der Umverteilung sowohl von Rot-Grün wie auch der Großen Koalition, die nun dazu führen, dass die Krise sich ganz besonders heftig in Deutschland auswirkt.

Ob man nun die Gesetze zu befristeten Arbeitsverhältnissen und zur Leiharbeit nimmt, oder ganz besonders die HartzIV-Gesetze, sie alle wirkten sich so aus, dass Millionen Menschen weniger Geld zur Verfügung haben. Vielen Familien, Alleinerziehenden und Rentnern ist ein Leben in Würde gar nicht mehr möglich. Und gerade mit dem Geld, das den Millionen genommen wurde, haben die Milliardäre, die Banken und Konzerne gezoxt in den letzten Jahren. Mit Renditen von 10% wollte man sich schon lange nicht mehr zufrieden geben in den Managementetagen der Konzerne. Nein, die Vorgaben wurden auf 20% und höher geschraubt und damit das alles auch glatt läuft, haben CDU, FDP, Grüne und leider auch die SPD ein Gesetz nach dem anderen durch den Bundestag, die Landtage und Gemeinderäte gejagt.

Mahnende Stimmen, dass das nicht gut gehen kann, gab es viele, auch aus den Gewerkschaften. Doch zum einen waren sie zu leise und zu zaghaft, vor allem aber wurden sie in den Medien und vor allem auch in der Badischen Zeitung weitgehend totgeschwiegen.

Und nun werden von den Medien und den neoliberalen Politikern wieder die alten untauglichen Rezepte verbreitet. Die Gewerkschaften sollen in

der Krise keine, oder keine hohen Lohnforderungen stellen. Sie sollen sich ruhig verhalten wenn massenweise die LeiharbeiterInnen, die befristet Beschäftigten, ja ganze Belegschaften ganz hinaus geschmissen werden.

Dagegen formiert sich nun ein breiter Widerstand aus Gewerkschaften, Sozialorganisationen, Initiativen wie ATTAC, die zu Aktionen gegen die Abwälzung der Krisenfolgen aufrufen. Ein erster Höhepunkt sollen die Großdemonstrationen am 28. März in Berlin und Frankfurt werden.

Unter dem Slogan „Wir bezahlen eure Krise nicht“ sollen in der Bankenmetropole Frankfurt tausende Menschen zeigen, dass sie bereit sind, gegen diese Art der Krisenbewältigung zu kämpfen.

Im ver.di-Aufruf dazu heißt es: „Wir wollen nicht länger zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird. Wir wollen uns dagegen wehren, dass die Krisenlasten erneut auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise und Profiteure der vergangenen Jahr zur Kasse gebeten werden und nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, RentnerInnen, Schüler und Studenten.“ Doch ver.di bleibt nicht dabei stehen die Situation zu beklagen, es werden konkrete Forderungen gestellt:

Wir fordern

- eine Millionärssteuer von 5 Prozent, die Einführung einer kräftigen Vermögensteuer für die großen Absahner
- Realloohnerhöhungen statt Lohnsenkungen, einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro die Stunde statt Hungerlöhnen,
- Gleichstellung von befristeten und leiharbeitenden mit Tarifbeschäftigten
- eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen
- ein Zukunftsinvestitionsprogramm für soziale Dienste, Bildung, Infrastruktur und den ökologischen Umbau von jährlich 50 Mrd. Euro. Damit kann eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden
- die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro
- Abschaffung von Hartz IV
- die Rente mit 65 und eine armutsfeste Mindestrente; die Stärkung des gesetzlichen Rentensystems
- Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit
- eine öffentliche Kontrolle über die Banken. Das Casino muss geschlossen werden, d. h. Verbot von riskanten Spekulationsgeschäften und Trockenlegung der Steueroasen
- die Stärkung des öffentlichen Sektors statt Privatisierung öffentlicher Einrichtungen
- Demokratie und politisches Streikrecht. Das Diktat der Finanzmärkte muss durch mehr Demokratie in der Wirtschaft beseitigt werden. Wir wollen politisches Streikrecht, wie in fast allen europäischen Ländern.

Doch damit diese Forderungen durchgesetzt werden, können die Demonstrationen im März nur ein erster Auftakt sein.

Es kommt darauf an, dass der Widerstand in den Betrieben wächst. Es wird Zeit, dass diejenigen die noch nicht in einer Gewerkschaft sind, nun den DGB Gewerkschaften beitreten und sich an den betrieblichen und überbetrieblichen Aktionen beteiligen.

Und es kommt darauf an, dass diejenigen in den Parlamenten gestärkt werden, die diese Forderungen in Wort und Tat unterstützen.

Auch im Gemeinderat der Stadt Freiburg hat die Schwarz-Grüne Allianz die letzten Jahre die Umverteilung von unten nach oben kräftig unterstützt. Ihr wichtigster Clou, der Verkauf der Stadtbauwohnungen, ist am Widerstand der FreiburgerInnen gescheitert. Ein breites Bündnis hat das möglich gemacht. Die KandidatInnen der LISST und vor allem ihre Stadträte werden diesen Widerstand auch weiterhin nach Kräften unterstützen.

Werner Siebler (Betriebsrat und ver.di-Bezirksratsmitglied)

Keine Zukunft für arme Kinder ?

Arme Kinder haben keine Zukunftsperspektive, arme Alte leben in Not. Reiche werden immer reicher. Armut raubt uns die Zukunft.

Sich mit „Armut“ zu befassen, gilt als uncool. Es wird einfach ignoriert, dass sie stetig und bedrohlich wächst. Den Sozialstaat, so wie ihn das Grundgesetz fordert, gibt es nicht mehr. Soziale Gerechtigkeit ist unerwünscht. Die Wohlfahrtsverbände unseres Landes warnten bereits 2003 eindringlich vor neuer Armut durch Hartz IV und fast niemanden interessierte das. SPD und Grüne hatten und haben sich vielmehr für eine knallharte Verarmungspolitik entschieden und damit ganz bewusst große Teile der Bevölkerung von der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen.

Nichts hat in den letzten Jahren die Armut verringert, weder der sogenannte Aufschwung, noch die sinkenden Arbeitslosenzahlen. Drastisch ausgeweitet haben sich dagegen der Niedriglohnbereich und die Leiharbeit. Immer mehr Menschen, insgesamt über sieben Millionen, leben von HartzIV-Leistungen. Unser Sozialsystem wird so von den Arbeitgebern in unerhörtem Ausmaß missbraucht, denn Niedriglöhne verhärten die Armut: Weil viele Familien von den Dumping-Löhnen von fünf Euro pro Stunde und weniger nicht leben können, brauchen sie zusätzliche Sozialhilfe.

In keinem Land der EU leben im Verhältnis zur Gesamtzahl der unter 15-Jährigen mehr Kinder in Armut als in Deutschland. 2,6 Millionen Kinder

sind abhängig von Hartz IV - in Städten wie Bremerhaven oder Halle trifft das auf fast jedes zweite Kind zu. Staat und Gesellschaft ignorieren das.

Arme Kinder sind häufiger krank und auch öfter in ihrer Entwicklung behindert als Kinder aus besseren Verhältnissen, sie werden ärztlich seltener und weniger gut betreut, sie erfahren weniger Anregung und Förderungen ihrer sprachlichen und kognitiven Entwicklung, Schulversagen ist vorprogrammiert. Hartz IV gibt ihnen keinen Eurocent für Bildung, das Geld reicht nicht für Schulhefte und Stifte und nicht einmal für Kleidung und Nahrung.

Die Hartz IV-Gesetzgeber senkten den Nahrungs-Regelsatz für Kinder auf den für Säuglinge; dies lässt sich nur mit Ignoranz oder mit ausgesprochener Böswilligkeit erklären. Kinder (unter 15 Jahren) können eben nicht für 2,31 Euro täglich richtig ernährt werden (je 92 Eurocent für Mittag- und Abendessen, 47 Eurocent für Frühstück, dazu kommen noch 29 Eurocent für Süßigkeiten, Eis usw.). Zudem gibt es meist kein kostenloses Mittagessen in den Ganztagschulen: Manche SchülerInnen essen so den ganzen Tag lang nichts.

Diese Kinder sind wirklich benachteiligt - und sollen es nach dem festen Willen neoliberaler Politiker der ganz großen CDU-SPD-Grüne-FDP-Koalition auch ihr Leben lang bleiben. Offenbar weil einige Eltern Geld anstatt für ihre Kinder, in Alkohol und Zigaretten umsetzen, sollen die 90%

„ordentlichen“ Eltern, die ihre Kinder umsorgen, ohne Geld bleiben. Können wir das soziale Gewissen dieser Politiker aufwecken?

Es fehlt die Hilfe für Alte und Kranke, die oft in nicht akzeptablen Verhältnissen leben müssen. Es fehlt die Hilfe für Erwachsene und Kinder, die mit ihrem Alltag nicht zurecht kommen. Es fehlt die Hilfe für Migranten und Obdachlose - kostengünstige Wohnungen werden immer seltener. Spenden und bürgerschaftliches Engagement können den Sozialstaat nicht ersetzen.

Den Regelsatz hat der Gesetzgeber 2003 als bundesweite Pauschale festgelegt; wer arm ist, soll sich selbst um die (finanzielle) Gestaltung seines Alltags kümmern, obwohl bekannt ist, wie sehr sich Lebenshaltungskosten zwischen Stadt und Land, zwischen Cottbus und München unterscheiden und obwohl allen Verantwortlichen klar war, dass die Pauschale um mindestens 25 % zu niedrig angesetzt ist. Was bedeuten heute dann steigenden Lebensmittel- und Energiekosten, wie soll dann ein kaputter Kühlschrank ersetzt werden? Vom Ausgleich der Inflationsrate ganz zu schweigen.

Hartz IV ist ein unverschämter, verantwortungsloser Angriff auf die soziale Gerechtigkeit, Hartz IV gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land, in unserer Stadt, schafft eine Schicht der Ausgeschlossenen und destabilisiert unsere demokratische Ordnung.

Lothar Schuchmann

Freiburger Studierende boykottieren Gebühren

Meine Mutter ist Hartz IV-Empfängerin und auch mein Vater kann mich nicht finanziell unterstützen. Trotzdem studiere ich an der Uni in Freiburg. In einem reichen Land wie Deutschland sollte das eigentlich ganz normal sein.

Die Realität sieht leider anders aus. Allein von 2004 bis 2006 sanken die Studierendenzahlen aus Nichtakademiker-Haushalten um 12 %, die Quote der Bafög-Empfänger liegt 2007 nur noch bei 17%. Aus meinen eigenen Erfahrungen weiß ich, warum sich viele Abiturienten aus armen Familien nicht mehr dazu entscheiden, ein Studium anzufangen. Nur ca. 1 % der Studierenden können von der Bafög-Förderung leben. Die Arbeit neben dem Studium reicht nicht aus, um davon knapp 100 € pro Monat für Studiengebühren zu sparen. Die Folge ist Verschuldung, Überbelastung und wenig Zeit für das Studium.

Studienalltag kaum bezahlbar

Dreigliedrige Schulsysteme, teures Lernmaterial, teurer Nachhilfeunterricht und dann auch noch die Studiengebühren. Durch die Einführung der allgemeinen Studiengebühren vor nun ein bis zwei Jahren wurde die soziale Selektion im ohnehin schon hochselektiven deutschen Bildungssystem verschärft.

Was kann man jedoch dagegen tun? In Sachsen führte u.a. ein Mehr an Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit durch das zweigliedrige Schulsystem zu dem bescheidenen Erfolg der Belegung des ersten Platzes bei der letzten Pisa-Studie 2008. In Hessen führten die Studenten einen erfolgreichen Kampf gegen die CDU-Landesregierung in der Frage der Studiengebühren und erreichten deren Aufhebung. Und in Freiburg, der großen Studentenstadt mit ihrer „Elite“-Uni? Proteste und Projekte gegen Studiengebühren fanden und finden statt, auch wenn man über die richtige Form streiten mag. Doch auch auf kommunaler Ebene lassen sich konkrete Veränderungen und entscheidende Verbesserungen der Chancengleichheit für Studenten erreichen.

Aber die Studenten in Freiburg sehen nicht tatenlos dabei zu, wie Bildung mehr und mehr zum Privileg reicher Familien wird. Mit zahlreichen Demonstrationen, Protestaktionen und dem Boykott der Studiengebühren kämpfen wir für einen fairen und freien Zugang zur Bildung für jeden.

Ich wünsche mir, dass in diesem Februar jedem Bürger in Freiburg klar wird, dass die Studiengebühren nicht nur das Problem einiger armer Studenten sind. Der Abbau im Kern des Sozialstaats durch die Studiengebühren bedeutet einen gesamtgesellschaftlichen Verlust an Solidarität und Gerechtigkeit. In einem stadtweiten Protest stellen wir uns dieser skandalösen Politik entgegen, um Menschen wie mir in Zukunft ein gleichwertiges Studium ermöglichen.

Clara Jorde, DIE LINKE.SDS Freiburg

Anknüpfen lässt sich an so einfache und scheinbar selbstverständliche Dinge, wie Bewegungsfreiheit, die in Form der „Freizügigkeit“ in Art. 11 des Grundgesetzes im ersten Abschnitt „Die Grundrechte“ garantiert wird, und etwa bezahlbaren Wohnraum. Kostenlose Semestertickets, Senkung der Mieten, Errichtung neuer Studentenwohnheime: Das alles wären Möglichkeiten der Verbesserung.

Die Belastung durch hohe Mieten und teure Fortbewegungsmittel kann angesichts von Studiengebühren und hohen Lebenshaltungskosten für Abiturienten aus sozial schwächeren Verhältnissen in der Gesamtrechnung durchaus ein Grund sein, sich gegen ein Studium zu entscheiden. Beklagt wird dann hinterher in den Medien von ranghohen Politikern, dass wir zu wenige Fachkräfte hätten. Dabei ließe sich schon bei etwas mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit auf kommunaler Ebene viel erreichen.

Nikita Karavaev



„Von der Kita bis zur Uni: Bildungsblockaden einreißen!“

2000 Studierende und SchülerInnen demonstrieren durch die Freiburger Innenstadt

Vom „Platz der alten Synagoge“ ausgehend zog der Demonstrationzug lautstark am Rektorat vorbei zum Siegesdenkmal und von dort aus durch die Freiburger Fußgängerzone. In Redebeiträgen wurde auf die negativen Auswirkungen von Studiengebühren und den fortschreitenden Demokratieabbau an den Hochschulen hingewiesen. Die Demonstration fand am vierten Jahrestag des Urteils des Bundesverfassungsgerichts statt, welche die Wiedereinführung von Studiengebühren in Deutschland erst ermöglicht hatte. Zur Zeit werden in sechs Bundesländern Studiengebühren für das Erststudium erhoben, darüber hinaus erheben weitere Bundesländer Langzeitstudiengebühren.

Ecke „Kajo“ / Rempartstraße zog der Demonstrationzug in Richtung Kronenbrücke, die daraufhin über dreißig Minuten blockiert wurde. Wir weisen daraufhin, dass dies von den hiesigen Studierendenschaften nicht geplant war, begrüßen jedoch die kurzzeitige Besetzung dieses Verkehrsknotenpunktes. Jeder „Akt des zivilen Ungehorsams“ ist für uns eine Form des legitimen Protests gegen die unsoziale Bildungs- und Sozialpolitik der baden-württembergischen Landesregierung.

Die Räumung der Kronenbrücke wurde durch die Einsatzkräfte der Polizei mit Gewalt vollzogen. Dabei wurden mehrere DemonstrationsteilnehmerInnen verletzt. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch weit mehr als ein Drittel der DemonstrantInnen auf der Brücke. Die weiteren Festnahmen an der Unibibliothek und am „Platz der alten Synagoge“ liefen nicht minder brutal ab. Gezielt wurden einzelne DemonstrantInnen durch die Beweissicherungs- und Festnahmeinheit der Polizei aus der Demonstration herausgegriffen. Unseren Erkenntnissen nach wurden sechs TeilnehmerInnen der Demonstration verhaftet bzw. in Gewahrsam genommen. Mindestens drei der sechs Festgenommenen mussten sich auf dem Revier Nord nackt ausziehen und wurden dabei sexistisch beleidigt.

Das Referat für Politik- und Meinungsfreiheit des UStA der PH Freiburg verurteilt das Vorgehen und Verhalten der Polizei und die Festnahmen auf das Schärfste. Immer dann wenn die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung nicht den Interessen der Politik entspricht, wird die Staatsmacht eingesetzt, um legitime Proteste, wie solche gegen Castortransporte oder eben ein sozial gerechtes Bildungssystem, zu kriminalisieren. *quelle: stattweb/hav*

Für ein solidarisches Schulwesen Eine Kritik am 1. Freiburger Bildungsbericht

Ende 2008 präsentierten OB Dr. Salomon und Bürgermeisterin Stuchlik den 1. Freiburger Bildungsbericht, der - wie es in einem Begleitschreiben heißt - „ein hervorragendes Instrument ist, um Entwicklungsfelder zu benennen und als Orientierung für zukünftige Aktivitäten zu nutzen.“ (Nur nebenbei: Der Bericht wurde der Presse präsentiert ohne vorherige Diskussion im Ausschuss für Schulen und Weiterbildung (ASW) oder im Gemeinderat.)

„Bildung ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Gesellschaft“ schreiben Salomon und Stuchlik im Vorwort, und: „Bildung ist ökonomisch ertragreich und wirkt präventiv gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.

Solch große Worte wecken Erwartungen, die weitestgehend enttäuscht werden: erst auf Seite 44 des 110-seitigen Berichts ist wieder die Rede davon, dass „Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam mit den Eltern darauf achten müssen, dass soziale Aspekte (...) im familiären Umfeld für die Wahl der weiterführenden Schulart nicht ausschlaggebend sein dürfen“, weil PISA und IGLU darauf hinweisen, „dass Kinder unterer Sozialgruppen auch bei gleicher Schulleistung bei der Übergangentscheidung benachteiligt sind“.

Warum ist dies nur Aufgabe der „Lehrerinnen und Lehrer, gemeinsam mit den Eltern“? Warum wird hier die politische Verantwortung für die Abhilfe erkannter Missstände negiert? Und warum sind dies die einzigen Zeilen auf 110 Seiten Bildungsbericht, in denen dieses (laut PISA und anderen Studien) zentrale Problem deutscher Schulbildung überhaupt angesprochen wird?

Auch weitere wirklich brennende Probleme im Bildungsbereich werden im Freiburger Bildungsbericht nicht einmal erwähnt: die Auswirkungen zu großer Klassen, von Lehrermangel und umfangreichen Unterrichtsausfalls, des erhöhten Leistungsdrucks und der Überlastung von LehrerInnen durch G8 oder auch fehlender Schulsozialarbeit scheinen nach Auffassung der AutorInnen für die Qualität von Bildung keinerlei Rolle zu spielen.

Umfangreiche, kostenlose Werbung für eine private Stiftung (Bertelsmann) prägt dagegen den Bericht genauso, wie die Verwendung von „Ergebnissen eines Städte-Rankings“ der politisch sehr tendenziösen „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“.

In letzterem liegt vermutlich die einseitige Auswahl begründet, nach der Themen und Ergebnisse des 1. Freiburger Bildungsberichts festgelegt wurden. Fast jede gesellschaftliche und politische Verantwortlichkeit für Bildung wird ausgeblendet, einer neoliberal geprägten „Qualitätssicherung“ wird gehuldigt, und die brennenden Fragen von Bildung und Ausbildung werden in hochtrabenden Einlassungen abgetan: „Bildung ist eine der wich-

tigsten Zukunftsaufgaben der Gesellschaft“. Alles ganz im Sinne von Bertelsmann und INSM... Dass durchaus die Möglichkeit besteht, in einem derartigen Bericht den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Situation und Nutzung von Bildungseinrichtungen darzustellen, zeigt das erfreulich breite Eingehen des Berichts auf Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Kindern in Bezug auf Schulübergänge, Abbrecher- und Wiederholerquote und den Anteil von Abgängern ohne Schulabschluss. Eine entsprechende Darstellung des Zusammenhangs zwischen sozialer Situation (der Eltern) und Schulsituation der Kinder ist - den politischen Willen dazu vorausgesetzt - ohne weiteres möglich.

Die LINKELISTE - Solidarische Stadt stellt zusammenfassend fest:

- Der Freiburger Bildungsbericht wird den Ansprüchen nicht gerecht.
- Die massive bildungsmäßige Benachteiligung von Kindern aus armen Haushalten als zentrales Ergebnis von PISA und anderen Studien wird ausgeblendet - die AuftraggeberInnen und die AutorInnen des Berichtes legen darauf offensichtlich keinen Wert.
- Auch weitere wirklich brennende Problem im Bildungsbereich werden nicht einmal erwähnt: zu große Klassen, Lehrermangel, Unterrichtsausfall, erhöhter Leistungsdruck und Überlastung durch G8 und fehlende Schulsozialarbeit scheinen für die Qualität von Bildung keinerlei Rolle zu spielen.
- Die kostenlose Werbung für die Bertelsmannstiftung und „Ergebnissen“ der tendenziösen „Initiative neue Marktwirtschaft“ sind inakzeptabel.

Die LINKE LISTE - Solidarische Stadt fordert die Stadtverwaltung auf, einen unabhängigen Bildungsbericht zu erstellen, der Auskunft gibt über:

- die Übergangszahlen von sozial benachteiligten SchülerInnen zwischen den einzelnen Schularten
- die Abbrecher- und Wiederholerquote von sozial benachteiligten SchülerInnen und den Anteil von Abgängern ohne Schulabschluss
- die prozentuale Beteiligung von sozial benachteiligten SchülerInnen in verschiedenen Schularten und -stufen (Grund-, Haupt-, Real-, Sonderschule, Gymnasium in Unter-, Mittel-, Oberstufe und Berufsschulen)
- die Auswirkungen von Lehrermangel, Unterrichtsausfall, G8 oder fehlende Schulsozialarbeit auf die Bildungschancen von Schülern in den verschiedenen Schularten und -stufen.

Martin Klaus

Der „Bildungsbericht“ kann unter: www.freiburg.de/servlet/PB/show/1202142_11/Bildungsbericht_Freiburg_2008_Webversion.pdf heruntergeladen werden.

Haslacher Dreikönigstreffen

Als das Thema Betreuung der Grundschüler an der Vigelius-Ganztages-Grundschule vom Haslacher Lokalvereinsvorsitzenden Nixdorf aufgerufen wurde, wurde es lebhaft auf dem Dreikönigstreffen in Karlsbau. Wie sollen 2 Betreuungstellen, die in 400.- € Stellen aufgeteilt würden, die Nachmittags-Betreuung von 300 Haslacher Kindern packen, wurde OB Salomon gefragt. Eine Lehrerin wurde konkret: 9 Angebote würden für die Kinder bereit gestellt, in der Werkstatt beispielsweise könnten aber nicht mehr als 10 SchülerInnen versorgt werden. Auf dem Schulhof, nach wie vor völlig ungeeignet, oder dem Spielplatz, seien es oft 50 und mehr, mit je einer 400.- € Kraft. Das sei unverantwortlich. Der Vorsitzende des Betreuungsvereins erwähnte, dass ja Fraktionen im Rahmen

der Haushaltsberatungen beantragt hätten, weitere Betreuungsplätze einzustellen, aber keine Mehrheit fanden. Genau so war es: die Anträge von UL und SPD fanden keine Mehrheit.

Salomon, der wie Grüne, Freie Wähler, FDP und CDU dagegen gestimmt hatte, auf dem Dreikönigstreffen: „Es wird nie alles perfekt sein können“. Mit solchen Allgemeinplätzen werden sich die HaslacherInnen nicht zufrieden geben können. Die Stadt ist verantwortlich für die Betreuung an den Ganztagesesschulen, die an der Vigelius Grundschule als einziger verbindlich ganztags besucht werden muss. Sie muss diesem Auftrag nachkommen.

Michael Moos

Das hat uns noch gefehlt!

Wie die BZ in einem kleinen Einspalter vermeldet, hat Freiburg ab Oktober 09 eine neue private Hochschule. Zunächst soll eine Fakultät für Wirtschaftswissenschaften aufgebaut werden. Das Geld kommt von den Eigentümern der Angell-Schule, Hauptgesellschafter ist Robert Wetterauer.

Und in der Gründungskommission wächst zusammen, was zusammen gehört: der langjährige Unirektor Jäger, der CDU/Landtagsabgeordnete Schüle, Bernd

Dallmann von der FWTM und OB Salomon. Privatisierung des Bildungssektors à la USA ist so ungefähr das allerletzte, was wir brauchen. Der Bildungssektor soll öffentlich sein, ausreichend finanziert, ohne Studiengebühren, für jedermann und jede Frau zugänglich. Dass schwarz-grün in Freiburg noch immer nicht genug hat von neoliberalen Privatisierungsversuchen, belegt einmal mehr, wie wichtig eine starke linke Kraft in Freiburg ist.

Michael Moos

Nein zum Krieg – Nein zur NATO

Am 3. und 4. April 2009 möchte die NATO mit einem großen Gipfel in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden ihr 60jähriges Bestehen feiern. Es ist nicht nur eine pompöse Geburtstagsfeier geplant, die Milliarden Euro verschlingen wird, sondern ein Gipfeltreffen, das die NATO-Strategie für die nächste Zeit beschließen soll.

Diese Strategie wird mehr Kriege und mehr Elend bedeuten, einige Papiere fordern gar, die Möglichkeit eines atomaren Erstschlags in die Strategie mit aufzunehmen.

Die NATO ist das Militärbündnis des Westens, die militärische Exekutive der wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt und ihrer Interessen. Die NATO führt Krieg in Afghanistan, und Soldaten ihrer Mitgliedsstaaten sind überall dort zu finden, wo Konflikte militärisch eskalieren, auf dem Mittelmeer vor dem Libanon, vor Somalia, im Kongo.

Wo immer Internationaler Währungsfond und Weltbank trotz ökonomischen Druckes und „Strukturanpassungsprogrammen“ keinen Erfolg mit der Durchsetzung des Neoliberalismus haben, werden „Terroristen“ und schlecht geführte Staaten vermutet, das Feld wird von der Politik den militärischen Operationen der NATO übergeben.

Die Weltwirtschaftskrise führt zu mehr Kriegen und mehr Elend: Wo immer die Menschen, insbesondere in den armen Ländern des Südens, gegen die Folgen der Krise aufbegehren, besteht die Gefahr militärischer Intervention. Die Konkurrenz des Westens beispielsweise mit Russland und China wird sich durch die Krise weiter verschärfen, da jeder der großen Akteure versucht, als der am wenigsten Geschwächte daraus hervor zu gehen. Dies birgt die Gefahr weiterer schärferer, auch militärischer Auseinandersetzungen. Die Georgien-Krise im Sommer hat diese Gefahr aufgezeigt.

Was in Afghanistan passiert, macht deutlich, wofür die NATO steht: Dort führen die mächtigsten Staaten der Welt einen grausamen Krieg gegen die völlig verarmte Bevölkerung eines armen Landes, um Rohstofftransportwege und ihren politischen Einfluss in einer strategisch wichtigen Region abzusichern. Sie führen Krieg nicht nur gegen den erbitterten Widerstand der Menschen in Afghanistan selbst, sondern auch gegen den Willen der großen Mehrheit der eigenen Bevölkerung. Drei Viertel der Menschen in Deutschland und in Frankreich und immer noch über die Hälfte in den USA lehnen den Krieg ab.

Um die Regierungschefs dieses Kriegsverbündnisses vor ihrer Bevölkerung zu schützen, verwandelt sich unsere Stadt und die ganze Region im Frühjahr in eine Festung. In Freiburg soll das Hauptquartier des deutschen Polizeieinsatzes mit mindestens 10.000 Polizisten installiert werden. Es wird darüber diskutiert, unzählige Straßen und den ganzen Rhein für den normalen Verkehr zu sperren.

Ein normales Leben wird in dieser Zeit für uns hier nicht möglich sein. Jeder muss damit rechnen, Verdächtigungen ausgesetzt zu werden, und die Propaganda der Gefahr des „islamistischen Terrors“ kann zum Vorwand für rassistische Polizeiaktionen gegen unsere muslimischen Mitbürger in Freiburg und anderswo werden.

Es ist ein Skandal, dass unsere Stadt das einfach hinnimmt und mitmacht! Wir wollen die Kriege der NATO nicht und wir wollen diesen Gipfel nicht! Ein breites Bündnis aus Friedensorganisationen, anti-kapitalistischen und antimilitaristischen Gruppen, attac, der Partei

DIE LINKE und vielen Anderen bereitet Protestaktionen vor.

Ab 1. April gibt es in Strasbourg ein Protestcamp und verschiedene Aktionen. Am Freitag, 3. April, beginnt ein Gegenkongress, auf dem Aktivisten aus aller Welt über ihre Analysen der Gesellschaft und den Weg zu einer friedlicheren Welt diskutieren werden. Am Samstag, 4. April, soll der Einzug des Trosses aus Journalisten und Mitarbeiternder NATO mit friedlichen Massenblockaden verhindert werden, bevor um 13 Uhr in der Strasbourger Innenstadt die Internationale Großdemonstration startet.

Es ist auch unsere Aufgabe hier in Freiburg, diese Proteste groß zu machen!

Julia Meier, DIE LINKE.SDS Freiburg

Ja zur Versammlungsfreiheit

Auf zwei Demonstrationen in Stuttgart und Freiburg haben Ende 2008 insgesamt über 11.000 Leute gegen das neue Versammlungsrecht demonstriert. Die Landesregierung Baden-Württemberg hat zum Jahresanfang eines der schärfsten Versammlungsgesetze in Europa eingeführt. Demokratisch gewählte Versammlungsleiter, wie auch der Polizei gezwungenermaßen namentlich übermittelte Ordner können von der Polizei abgelehnt werden.

Demonstrationen müssen nun drei Tage vor Beginn der Mobilisierung angemeldet werden und die Polizei darf alle TeilnehmerInnen nach Gutdünken filmen, und diese Filme auch speichern und auswerten. Bereits gleiche Mützen oder Streikwesten können als „einschüchternd“ gewertet und verboten werden. Die Landesregie-



Demonstration im Dezember 2008 gegen das neue Versammlungsgesetz

(c) Roland Hägele

Solidarität mit Wiwili (Nicaragua) – jetzt erst recht!

Am 8.1. um 1:30 Uhr in der Nacht wurde das Bürgermeisteramt von Wiwili/Jinotega, mutwillig abgebrannt. Nach Informationen der Tageszeitung El Nuevo Diario vom 9.1. wurde der Brand ausgelöst von einer Sprengstoffbombe, auch wurden Reste einer Zündschnur und mit Benzin getränktes Möbel gefunden. Drei benachbarte Häuser wurden in Mitleidenschaft gezogen. Alle PCs und alle Dokumente des Bürgermeisteramtes wurden vernichtet. Menschen kamen zum Glück nicht zu Schaden. Am Tag nach dem Anschlag nahm die nationale Polizei vier Männer aus Wiwili als Tatverdächtige fest, die nach Aussage von Victoria Moncada alle im bisherigen Bürgermeisteramt arbeiteten. Ihr Alter liegt zwischen 26 und 36 Jahre. Es ist davon auszugehen, so Victoria, dass sie den Brandanschlag im Auftrag ausgeführt haben. Die vier Tatverdächtigen wurden inzwischen wieder freigelassen.

Jorge Lizama, schrieb Anfang Januar in einer Mail an den Wiwili-Verein, von der großen Aggressions-

bereitschaft einer Gruppe von politisch rechtsstehenden Personen, die den Wahlausgang, der am 9. November stattgefunden Kommunalwahl nicht akzeptieren möchte. Die FSLN gewann mit ca. 600 Stimmen Vorsprung gegenüber der PLC (liberale Partei, politisch rechts stehend), die zuvor den Bürgermeister stellte.

Es ist anzunehmen, dass zu dieser Gruppe auch die Täter der Zerstörung der Sendeanlage von Radio Kilambee am 18.12. gehören. Radio Kilambee gehört ADEM und dient vor allem dazu, Informationen über das ökologische Landwirtschaftsprojekt weiterzuleiten.

Nach Aussagen von Victoria Moncada ist davon auszugehen, dass bei der Zerstörung des Bürgermeisteramtes auch beabsichtigt wurde, Unterlagen über die korrupten Machenschaften des bisherigen PLC-Bürgermeisters zu vernichten und sicher zu gehen, dass Unterschlagungen ihm nicht mehr nachzuweisen sind.

Bereits nach der mutwilligen Zerstörung des Senders hat ADEM versucht, auf die Polarisierung und vor allem die Gewaltbereitschaft beschwichtigend einzuwirken. Nach diesem Anschlag sehen sich nun die Mitarbeiter von ADEM auch persönlich gefährdet. Roberto, ein von ADEM eingestellter Agraringenieur, der seit vielen Jahren im Vorstand mitarbeitet, wurde als Gemeinderatsmitglied für die FSLN in Wiwili/Jinotega gewählt. Roberto kann nicht mehr seiner Arbeit in der Umgebung von Wiwili nachgehen, ADEM befürchtet eine Bedrohung seiner Person.

In Wiwili scheinen wieder alte Contras, terroristische Gegner einer Demokratie gemeinsam mit politisch rechtsstehenden Gruppierungen aktiv zu werden. Diese Contras hatten in den 80er Jahren Tonio Pflaum und Bernd Koberstein aus Freiburg, aber auch Tausende Nicaraguaner umgebracht. ADEM, unterstützt vom Wiwili-Verein Freiburg versucht mit all seinen Möglichkeiten gegen diese Entwicklung zu arbeiten. Die Menschen in Wiwili brauchen Frieden.

So bat der Wiwili-Vereins die Bevölkerung von Freiburg bereits um Spenden für den Aufbau des Radios – diese Unterstützung ist nun nach dem Anschlag wichtiger denn je. Das Radio als Kommunikationsmittel und die Bemühungen des ADEM-Vereins der Armut in Wiwili entgegenzutreten, auch dies kann ein Beitrag zur Friedenssicherung sein.

Wie und in welchem Zeitraum die Stadt Wiwili die Möglichkeit hat, das Bürgermeisteramt neu aufzubauen ist derzeit nicht absehbar. Der Wiwili-Verein wird in Zusammenarbeit mit ADEM die Bemühungen zum Wiederaufbau und zur Befriedung der Bewohner und Bewohnerinnen von Wiwili solidarisch begleiten.

Verein zur Förderung einer Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwili e.V.,
Vorsitzende: Marlu Würmell-Klauss,
Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg,
Telefon 0761.4766009,
dialog@wiwili.de, www.wiwili.de

Spendenkonto 22 98 71-756, BLZ 660 100 75
Postbank Karlsruhe

– beteiligt waren Innenminister Rech (CDU) und Justizminister Goll (FDP) – behauptet, sie wolle damit Naziaufmärsche verhindern. Doch das Gegenteil ist der Fall. Würde die CDU wirklich gegen Nazis kämpfen wollen, würde sie dabei helfen, die NPD zu verbieten. Stattdessen unterstützt Ministerpräsident Oettinger das Studienzentrum Weikersheim, eine Kadenschmiede für rechtsradikale geistige Brandstifter, und verklart den Nazi-Richter Filbinger zum Widerstandskämpfer.

Doch die wirklichen Gründe für die Einschränkungen der Versammlungsrechte, für die zunehmende Überwachung der Bevölkerung und für geplante Einschränkungen des Streikrechts liegen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Militarisierung der Außen- und Innenpolitik wird von der CDU/SPD-Bundesregierung vorangetrieben: sie schickt die Bundeswehr in alle Welt zur Sicherung von Rohstoffquellen (Afghanistan) und Warentransportwegen (Küste Somalias) und diskutiert offen über den Einsatz der Truppen gegen die eigene Bevölkerung im Inland. Davon profitiert die Rüstungsindustrie Deutschlands, die laut Informationsstelle Militarisierung weltweit die meisten Kleinwaffen produziert, verkauft und einen wichtigen Teil der deutschen Wirtschaft ausmacht.

Nachdem die Finanzmarktkrise dazu geführt hat, dass die Banken der realen Wirtschaft kein Geld mehr leihen, werden Milliardenbeträge in Banken und Konzerne gepumpt, um das Spielcasino „Börse“ am Laufen zu halten. Es steht zu befürchten, dass die bisher 550 Milliarden Euro von den „kleinen Leuten“ bezahlt werden sollen. Mit der Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften und von außerparlamentarischen Organisationen bereiten sich die Herrschenden darauf vor, die Krise des Kapitalismus von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von den Arbeitslosen, RentnerInnen, SchülerInnen und Studierenden bezahlen zu lassen.

Wir brauchen mehr und größere Demonstrationen gegen die Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten und müssen die Bewegung dagegen mit den Kämpfen gegen das Austragen der Krise auf dem Rücken der Lohnabhängig Beschäftigten verbinden.

Armin Herbert, DIE LINKE



Thesen für eine klimabewußte und nachhaltige Stadtentwicklung

Der Arbeitskreis „Ökologische Stadtentwicklung Freiburg“ legt erste Überlegungen und Vorschläge zu den Bereichen Energieeinsparung, Verkehr sowie Umwelt- und Naturschutz im Sinne einer klimabewussten und nachhaltigen Stadtentwicklung vor.

Warum? Es werden die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsgruppen sein, die unter den zukünftigen Finanz- und Umweltkrisen am stärksten und längsten leiden. Seit Jahrzehnten lebt unsere reiche Gesellschaft auf Kosten der großen, ärmeren Mehrheit. Allgemeiner Konsens ist, dass wir zukünftig besonders in den hier angesprochenen Bereichen schnell Verbesserungen erzielen müssen, um die Auswirkungen im Griff zu behalten. Die Zeit dafür ist knapp! Die entscheidenden Maßnahmen dafür müssen aber so gestaltet und finanzierbar sein, dass besonders diejenigen dazu beitragen, die es sich gut leisten können.

Wir regen wir deshalb an, mehr Personal in den hier bearbeiteten Themenbereichen einzusetzen, um den wachsenden Anforderungen der selbstgesteckten und verpflichtenden Ziele des Klima-, Natur- und Umweltschutzes gerecht zu werden. Zum Beispiel wären kommunale „Nachhaltigkeitsberater“ sinnvoll, die alle städtischen Ämter und auch die Bewohner der Stadt unterstützen und beraten.

Im Energiesektor ist die Stadt Freiburg sehr rege. Aber es ginge auch noch besser:

- Die bisherige Tarifgestaltung der Energieversorger benachteiligt die sparsamen Wenigverbraucher. Wer relativ viel verbraucht, bekommt günstigere Tarife. Es sollte umgekehrt sein, so dass bewusstes „Wenigverbrauchen“ attraktiver ist.

- Nachträgliche, energieeinsparende Sanierungsmaßnahmen (z.B. Wärmedämmung bei Altbauten oder moderne Heizungsanlagen) scheitern oft daran, dass die Mieter sie nicht durchführen können und die Vermieter nicht wollen - sie können die hohen Verbrauchskosten ja auch auf die Mieter umlegen. Was wäre, wenn der Vermieter nur soviel in Rechnung stellen könnte, wie eine optimal sanierte und gedämmte Wohnung verbrauchen würde (Deckelung der Heizkostenumlage)? Dann hätte auch er ein großes Interesse, dass Heizungsanlage und Dämmung einen hohen

Wirkungsgrad haben. Es ist zu prüfen, ob die Stadt zumindest bei den Wohnungen der Stadtbau ein solches Vorgehen durchsetzen kann.

- Standorte für neue Windkraftanlagen sollten schnell geprüft und wenn möglich auch mit kleineren, dezentraleren Anlagen umgesetzt werden.

- Auch im städtischen und regionalen Nahverkehr sind die Potentiale für eine klimaverträgliche Nutzung noch nicht ausgereizt. Besonders



bei den innerstädtischen Kurzstrecken hat noch viel zu oft der private oder firmeneigene PKW Vorrang. Die Alternativen dazu (Straßenbahn, Bus, Fahrrad, zu Fuß gehen) sollten attraktiver gestaltet sein und sind daher gezielt auszubauen.

- Die Einführung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs wäre möglich. Verschiedene europäische Kommunen haben es bereits vorge-macht: Alle Bewohner und Firmen zahlen eine Nahverkehrsabgabe (einkommens- und altersgestaffelt), analog der Müllgebühren oder des

Semestertickets. Dies fließt in die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

- Wichtig wären ein deutlicher Ausbau der zentralen Fahrradstellplätze und bessere Fahrradwege im Innenstadtbereich, sowie eine Erhöhung der Parkplatzgebühren für Privat-PKW.

- Das zu begrüßende, wachsende Verkehrsaufkommen auf der Höllentalbahn bzw. in der Breisgau-S-Bahn ist durch mehr Waggons und höhere Zugfrequenzen zu unterstützen. Freiburg

Lärm-, Immissions- und Naturschutz mehr tut, um die Lebensqualität flächendeckend zu erhöhen. Dazu gehört auch, dass neue Arbeitsplätze entstehen und Handarbeit nicht aus Kostengründen wegrationalisiert wird. Die Arbeitsbedingungen müssen gesundheitsschonend und naturverträglich sein.

- Der Einsatz von Motorgeräten (Laubsauger, Fegemaschinen usw.) im Stadtgebiet sollte drastisch eingeschränkt werden. Oft können auch unmotorisierte Werkzeuge eingesetzt werden (Besen statt Laubsauger, Straßenkehrer statt Fegeauto): „Menschenpower statt Zweitakt-Mief“ sollte das Motto sein.

- Unbebaute Hänge und Wälder, die bis in die Innenstadt reichen, prägen noch Freiburgs Umgebung. Das muss so bleiben! Wälder und Wiesen schieben sich wie „grüne Finger“ am Schlossberg, Sternwald, Mooswald, Sonn- und Wonnhalde in die Wohngebiete der Stadt. Auch die Schönbergwiesen müssen als Ensemble unter Naturschutz gestellt werden.

- Ein umfassendes Biotopschutz- und Entwicklungsprogramm muss bei der städtischen Verkehrs- und Stadtplanung Priorität erhalten.

- Die Baumschutzsatzung erhält die Aufwertung zu einer umfassenderen „Gehölz- und Grünflächenschutzsatzung“ und somit auch eine entsprechende Kontrolle. In Anlehnung an eine Bodenversiegelungsabgabe gibt es eine „Entsiegelungsprämie“. Bodenschutz und -pflege sollte attraktiv werden! Genauso müssen die Verbote für Streusalz und Pestizide eingehalten und kontrolliert werden. Naturverträgliches, ökologisches Gärtnern soll in allen Bereichen selbstverständlich sein!

Die Menschen in Freiburg haben früh angefangen, sich ökologisch zu verhalten. Inzwischen ist die Ökologie ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in unserer schönen Stadt. Die für baden-württembergische Verhältnisse relativ niedrigen Müll- und Wassergebühren zeigen den Nutzen rechtzeitigen Umdenkens für alle EinwohnerInnen. Lasst uns weiter denken und wieder Aufbruchstimmung erzeugen, nach dem Motto: Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie an der falschen Stelle!

Martina Mosthaf, Fritz Thier

Finanz- und Wirtschaftskrise – wie weiter?

Die lange anhaltenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten sind nach Auffassung vieler Experten die schwerste Erschütterung des internationalen Finanzsystems seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Sie hatte bisher zur Folge, dass eine Vielzahl von Finanzinstituten in den USA und auch in Europa in große Schwierigkeiten geriet und teilweise vom Markt verschwand und beispielsweise der Kongress der USA durch eine große Rettungsaktion mit 700 Mrd. US-Dollar das Finanzsystem zu stützen und weitere finanzielle Kettenreaktionen zu unterbrechen versuchte.

Die internationale Finanzkrise geht in letzter Instanz zurück auf die Tatsache, dass seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts eine schrittweise Deregulierung des internationalen Finanzwesens stattgefunden hat. Auf diese Weise wurde der Spekulation auf den Finanzmärkten Tür und Tor geöffnet. Für die aktuelle Finanzkrise ist festzuhalten, dass sie ihren Ausgangspunkt am Immobilienmarkt der USA hatte. Seit den 90er Jahren sind in den USA die Immobilienpreise massiv gestiegen. Die Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt erzeugte die Illusion, die Entwicklung ginge auf nicht absehbare Zeit so weiter, so dass Immobilien zu einem begehrten Spekulationsobjekt wurden. Der Preisanstieg bei den Immobilien in den USA erleichterte zudem die Beleihung bestehender Objekte und damit die Kreditfinanzierung, auch für den Konsum außerhalb des Immobiliensektors. Die Folge war ein Überangebot von Immobilien, ein darauf einsetzender Preisverfall bei vielen Objekten und eine Insolvenzwellen bei Finanzinstituten. Eine weitere Schwierigkeit entstand dadurch, dass seit der Mitte der 90er Jahre Hypothekenkredite von Banken an andere Finanzierungsgesellschaften weiterverkauft, als neue Wertpapiere gebündelt und dann an neue Anleger weiterverkauft wurden, vorwiegend an Versicherungen und Fondsgesellschaften. Nach der Insolvenzwellen am Kre-

ditmarkt wurde nicht nur dieser Markt, sondern auch der gesamte Immobilienmarkt in Mitleiden-schaft gezogen und darüber hinaus der Wertpapiermarkt und der Markt für Konsumentenkredite. Die Verluste bei Finanzinstituten wurden massiv, der Tiefpunkt dürfte erst im Jahre 2009 erreicht werden.

Bekanntlich sind die USA nicht allein auf der Welt, sondern über vielfältige Wirtschaftsbeziehungen mit Europa und Asien verbunden. So wie die Probleme im Hypotheken- und Banksektor auf die amerikanische Bauwirtschaft und danach auf andere Bereiche der Investitions- und Konsumgüterindustrie übersprangen, traf das auch andere Länder, weil die ökonomische Entwicklung der USA für die internationale Konjunkturentwicklung von großer Bedeutung ist. Die Dynamik der globalen Ökonomie wurde gedämpft, vor allem in Ländern, die noch bis Ende 2006 von boomenden Immobilienmärkten und einem positiven Konsumklima profitierten. Länder, die von der Immobilien- und Finanzkrise zunächst weniger betroffen waren, wie zum Beispiel die Bundesrepublik, zeigten sich zunächst widerstandsfähiger. Gleichwohl ist auch bei uns seit Ende 2007 eine klare Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung zu erkennen. Bereits zu Beginn des Jahres 2008 ging die Exportdynamik



zurück, u.a. auch durch die Aufwertung des Euro und gestiegene Rohstoffpreise. Der private Verbrauch in der Bundesrepublik konnte kein Gegengewicht bilden, um der Konjunkturabschwächung bei uns entgegenzuwirken. Das gilt auch für die staatliche Politik, die immer noch

meint, auf absehbare Zeit ihre Sparpolitik weiterführen zu müssen. Auf dem Arbeitsmarkt ist gegen Ende 2008 mit einer verspäteten Reaktion zu rechnen und es ist sicher, dass das Jahr 2009 ein Jahr des wirtschaftlichen Rückgangs werden wird. Dieser Rückgang ist deswegen massiv, da eine „normale“ Konjunkturkrise und die globale Finanzkrise zusammentreffen.

Alternative Beschäftigungspolitik und die Neueregulierung des internationalen Finanzsystems

Alternative Wirtschaftswissenschaftler, Gewerkschafter und die Partei „Die Linke“ haben inzwischen Vorschläge gemacht, auf welche Weise das internationale Finanzwesen demokratisch kontrolliert werden muss.

Außerdem ist der Wirtschaftskrise durch ein stark dimensioniertes Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm entgegenzuwirken. Folgende Maßnahmen sollten durchgesetzt werden:

- Es ist notwendig, ein Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm aufzulegen, das ein Volumen von 100-110 Mrd. Euro für die Bundesrepublik umfasst. Dieses Programm sollte zur Beseitigung infrastruktureller, sozialer und ökologischer Defizite eingesetzt werden. Die Finanzierung erfolgt dann vorwiegend durch höhere Steuereinnahmen. In Frage kommen u.a. eine Erhöhung der Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften, des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer.

- Anwendung des Verursacherprinzips durch Bildung von Krisenfonds, die durch Sonderabgaben auf Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinne gespeist werden.

- Rücknahme der Privatisierung der Sozialsysteme und von öffentlichen Infrastrukturen, die wesentlich zur Finanzkrise beitragen.

- Der Neuaufbau eines neuen internationalen Währungssystems mit Kapitalverkehrsbeschränkungen und Kontrollen des Kapitalverkehrs.

Dr. Peter Behnen - Die Linke Freiburg

Niemand darf von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden

Auch in Freiburg steigt die Zahl der Menschen, deren Einkünfte zu gering sind, um aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Für kulturelle und sportliche Aktivitäten, für berufliche Weiterbildung und vieles andere müssen meist Beiträge bezahlt werden, die den äußerst knappen Etat weit übersteigt. Ein erzwungener Rückzug ins Private und das Gefühl von Ausgrenzung sind häufig Folgen dieser Situation.

Auch staatliche Unterstützung für Arbeitslose, für Menschen mit Erwerbsminderung und -unfähigkeit, für Rentnerinnen und Rentner u.a. reicht dafür nicht aus. Der FreiburgPass soll durch kostenlose oder deutlich ermäßigte Angebote die Teilhabe aller Mitbürgerinnen und Mitbürger an Kultur, Bildung, Sport und Freizeitveranstaltungen ermöglichen.

Ausgehend von einer Initiative des RUNDENTISCHES zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze beschloss der Freiburger Gemeinderat am 18.12.2007 den Start des FreiburgPasses, der zunächst einige bereits bestehende Ermäßigungen bündelt und für alle Berechtigten zugänglich macht.

Wie groß der Bedarf ist, zeigt die Zahl der ausgetragenen Pässe. Im Jahr 2008 waren es knapp 2700 Menschen, die einen Pass erhalten haben. Der FreiburgPass ist gegen Vorlage des alten Passes oder des Leistungsbescheids an folgenden Ausgabestellen erhältlich:

Wer Leistungen nach SGB II erhält, wendet sich bitte an die ARGE Freiburg, Lehener Str. 77

Wer Leistungen nach SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält, wendet sich bitte an das Sozial- und Jugendamt, Kaiser-Joseph-Str. 143
red

Am
gesellschaftlichen
Leben
teilnehmen!



Dollarzeichen in den Augen

Es ist viel zu viel Geld, um zur Tagesordnung überzugehen. Aber genau das hat schwarz-grün in Freiburg vor. 470.000 € waren es am 31. Januar 09, die Freiburg entgangen sind. Zinserträge, die ausfallen, weil die Stadt insgesamt 47,3 Mio. € - 30 Mio. € noch eine Woche vor der endgültigen Lehmann Pleite in den USA - bei Lehmann Deutschland anlegte. Geld, das noch immer festliegt. 470.000 €, die Freiburg eingenommen hätte, wenn es ab dem 13.11.08 noch Zinsen für sein Geld erhalten hätte, z.B. bei der Sparkasse Freiburg 4,5%, und das jetzt ausfällt, weil ab dem Tag der Insolvenzeröffnung durch das AG Frankfurt am 13.11.08 der Einlagensicherungsfonds der deutschen Banken nicht mehr zahlen muss.

Was zurück kommt, eigentlich schon längst da sein müsste, sind die 47,3 Mio. € zuzüglich Zinsen bis zum 13.11.08. Ein Skandal aus mehreren Gründen: das bei Banken übliche 4 Augen Prinzip bei solchen Geschäften gibt es nicht. Eine stellv. Abteilungsleiterin entscheidet alleine auf Basis der jeweiligen Tageszinsen.

Freiburg-West: Kunstrasen und geschlossenes Freibad

Der Schulsportplatz des Wentzinger Gymnasiums wird an die moderne Zeit angepasst: Er wird aus Plastik. Dies soll die ganzjährige Bespielbarkeit ermöglichen. Diese nicht ganz billige Errungenschaft der Ökologenhauptstadt wird das Kleinklima im Seepark möglicherweise negativ beeinflussen. Eine Rasenfläche verdunstet mehr Wasser als eine gleich große Wasserfläche und kühlt in heißen Sommern mit der Verdunstung. Gleichzeitig fehlt es an Geld, das Freibad nebenan zu sanieren - und dies in einem der bevölkerungsreichsten Stadtteile, wenn man Landwasser mitrechnet.

Kommunalpolitische Bildung

Auch 2009 organisieren wir zusammen mit dem Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg und der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung Seminare, die sich an kommunalpolitisch Aktive und Interessierte richten.

Die bereits feststehenden Termine sind unten aufgeführt. Weiter sind noch Seminare zu den Themen „Der Haushalt der Kommune (Kameralistik und Doppik)“ sowie „Neu im Rat! Was tun?“ geplant. Die Termine hierzu werden immer aktuell auf unserer Webseite eingestellt.

Seminare „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ mit Hermann Abmayr
Anmeldung erforderlich
14. Februar, 10 – 17 Uhr | Karlsruhe, DGB-Haus, Ettligerstr. 3a
28. Februar, 10 – 17 Uhr | Stuttgart, Bürgerräume West, Bebelstr. 22
7. März, 10 – 17 Uhr | Ulm, DGB-Haus, Weinhof 23

Die Fraktion der Unabhängigen Listen hat als Lehre für die Zukunft beantragt, je nach Anlagenhöhe den Leiter der Kämmerlei, den Finanzbürgermeister oder den OB einzuschalten. Die Verwaltung verweigerte eine Abstimmung darüber und bleibt bei ihrer Praxis. Und der zuständige Finanzbürgermeister Otto Neideck lehnt unter Hinweis auf andere Lehmann Geschädigte jede Verantwortung ab. Das habe niemand ahnen können.

Immerhin hat die Verwaltung andere Konsequenzen gezogen, von der UL von Anfang an gefordert: städtische Gelder werden primär bei regionalen Banken angelegt, vorrangig Sparkasse und Volksbank, und auch dies nur in kleineren Tranchen.

Festzuhalten aber bleibt: die Stadt verliert richtig viel Geld, weil man wegen einer geringfügig höheren Zinserwartung das Geld bei der maroden Lehmann Bank anlegte, anstatt es im regionalen Kreislauf einzubringen.

Michael Moos

Der Bürgerverein Freiburg-Mooswald sammelt derzeit Unterschriften für eine Sanierung und gegen den Verkauf der Liegewiese vor dem Bad.

Wäre es so schlimm gewesen, wenn die drei bis viermal Fußballspielen im Winterhalbjahr ausgefallen wären? Der Unterricht hätte auf Aschenbahn und Bolzplatz stattfinden können. Und wäre es nicht sinnvoller, das Geld für die Wiedereröffnung des Freibads zu verwenden? Oder spielt dabei eine Rolle, Lohnkosten für die Rasenpflege einzusparen?
red

Weitere Infos unter: www.rlf-bw.de oder per mail: schlager@rosalux.de | Tel. 0711-6936607

Bitte für den 18. April vormerken:

10.30 Uhr: Jahreshauptversammlung des Forums Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Finanzplanung, Neuwahl des Vorstands, weitere Aktivitäten.

14 Uhr bis 17 Uhr. Veranstaltung: Neugründung oder Rekommunalisierung von städtischen Betrieben. Die Einladung mit Details wird auf der Internet-Seite: www.kommune-links.de und im nächsten Landesinfo veröffentlicht. Mitglieder werden schriftlich eingeladen.

Für weitere Informationen s. demnächst www.rlf-bw.de oder www.kommune-links.de
Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg

++ Termine +++ Termine +++ Termine+++

Termine gegen den Krieg:

Nein zu Krieg - Nein zur NATO!

Internationale Großdemonstration am Samstag, 4. April 2009 in Straßburg - Busse aus Freiburg zur Demo über 0179 / 90 555 12 (Julia)

Internationale Aktivistenkonferenz gegen den NATO-Gipfel

am 14./15. Februar 2009 in Straßburg, Ort: Faculté de lettres Marc Bloch, 22 rue Descartes, Strasbourg - Fahrt aus Freiburg zur Konferenz über 0160 / 794 21 95 (Dirk)

Die Konferenz dient der Vorbereitung der unterschiedlichen Aktionen gegen das NATO-Jubiläum in Straßburg und Baden-Baden. Die Grundlage aller Vorbereitungen wird eine politische Diskussion über die Strategie der NATO und deren politischen Ziele sein.

An der Konferenz nehmen teil: Arielle Denis (Mouvement de la Paix, France), John Rees (Stop the war coalition, England), Reiner Braun (Friedenskooperative Bonn) u.a.

Irak-Veteranen gegen den Krieg

HEARING in Freiburg am Samstag, 14. März 2009 mit Chris Capps-Schubert (US-Deserteur), Steven McLaughlin (Britischer Veteran, Autor von „Squaddie: A Soldier's Story“), André Shepherd (US-Soldat, versucht in Deutschland politisches Asyl zu bekommen), Christiane Ernst-Zettl (Veteranin des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan) u.a. Veranstalter: Iraq Veterans Against the War, Freiburger Friedensforum, DIE LINKE LAG Frieden u.a.

Ort: noch offen, Infos über das Freiburger Friedensforum, 0761 / 76 78 088

Allgemeine Termine

Wohnen ist Menschenrecht

Öffentliche Mitgliederversammlung am Mittwoch, 11. Feb. 2009, um 19.00 Uhr im Stadtteilbüro Beurbarung, Tennenbacher Platz

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Veranstaltung von Die Linke.SDS mit Wolfgang Neskovic (MdB, DIE LINKE) zu Versammlungsgesetz, BKA-Gesetz, Überwachungsstaat und der weitere Einschränkung der Grundrechte am Donnerstag, 19. Februar 2009, um 20 Uhr, in der Uni Freiburg, KG 1, Hörsaal 1023

„Die Linke“ LAG Betrieb & Gewerkschaft

Mitgliederversammlung am 14. Februar 2009, 10:30 - 16:30 Uhr DGB-Haus Stuttgart, großer Saal

Das Hauptthema der Versammlung wird der Umgang linker Gewerkschafter mit den Folgen der Finanzkrise sein. Es gilt, z. B. für den 28. März nach Frankfurt zu mobilisieren. Der SprecherInnenrat wird Rechenschaft ablegen, ein Selbstverständnispapier steht zur Diskussion und der Rat wird frisch gewählt.

Vorankündigung: Konferenz für Betriebs- und PersonalrätInnen. In der ersten Aprilwoche plant die Bundestagsfraktion der Linken, in Stuttgart eine Konferenz für Betriebs- und PersonalrätInnen durchzuführen. Dazu werden neben gewerkschaftspolitisch orientierten Bundestagsabgeordneten der Linken auch Fraktionschef Oskar Lafontaine und Ulrich Maurer erwartet.

Reihe Capitalism Now Stadttheater

15.2.2009: Dr. Claus Schäfer DGB zu Grundeinkommen und Mindestlöhnen

Partnerstadt von unten

DIE LINKE Freiburg trifft die Parti de Gauche aus Besancon

Samstag, 7. März 2009, 14 Uhr. Ort noch offen. Ende 2008 wurde auf einem großen Kongreß die Gründung einer „Parti de Gauche“, einer französischen Linkspartei, beschlossen. Die neue Partei hat ihre Wurzeln in der „NEIN-Kampagne“ gegen

Spendenkonto

Eine solidarische Stadt ist nicht umsonst zu haben. Auch linke Politik kostet Geld. Wenn Sie unsere politische Arbeit und die Herausgabe dieser Zeitung unterstützen möchten, überweisen Sie bitte auf unser Spendenkonto:

linke liste - solidarische stadt, Sparkasse Freiburg BLZ 680 501 01, Kontonummer: 12 11 83 99

Spenden an die Linke Liste - Solidarische Stadt sind steuerlich abzugsfähig. Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch zugesandt.

die EU-Verfassung und tausenden von lokalen Komitees, die damals entstanden. Im November haben diejenigen, die die EU-Verfassung und den Lissabon-Vertrag ablehnen, die Parti Socialiste (sozialdemokratische Partei Frankreichs) verlassen und beschlossen, nach dem Vorbild von DIE LINKE eine neue Partei zu gründen.

Im Dezember 2008 besuchten Freiburger Linke die Partnerstadt Besancon um berichten. wie DIE LINKE aus den Protesten gegen die Agenda 2010, gegen Hartz IV und aus der globalisierungskritischen und Friedensbewegung entstanden ist und was DIE LINKE vor Ort macht.

Am 7. März 2009 kommen es zu einer zweiten deutsch-französischen Begegnung, dieses Mal in Freiburg. Alle, die erfahren wollte, was die Linke in der Freiburger Partnerstadt Besancon macht, sind herzlich eingeladen. Zeit und Ort bitte über die Freiburger LINKE erfragen.

(K)ein Hartz für Frauen

Die Unabhängigen Frauen Freiburg laden ein zum Internationalen Frauentag 2009:

Ein besonderes Trauerspiel: Frauen und Hartz IV Kurzvortrag von Heide Merkel, Unabhängige Frauen Freiburg, Sonntag, 8. März 2009, 15.00 - 18.00 Uhr Volkshochschule Freiburg, Theatersaal

Informations- und Thementische:

1. Wie komme ich zu meinem Recht
2. Raus aus der Schuldenfalle
3. Ergänzende Hilfen zu Hartz IV
4. Migrantinnen und Hartz IV
5. Der Runde Tisch gegen Hartz IV stellt seine Aktivitäten vor

Wir wollen mit unserer Veranstaltung Probleme benennen, informieren und zur Selbsthilfe ermuntern.

Wir freuen uns auf anregende Gespräche bei Kaffee und Kuchen. Für Kinderbetreuung ist gesorgt. Männer sind ebenfalls willkommen.

Demonstration

„Wir zahlen nicht für Eure Krise“ am Samstag, 28. März 2009 in Frankfurt/Main

„Zug der Erinnerung“

29.3., 11.00 Hauptbahnhof Freiburg, bis 1.4. jeweils von 8 bis 19.30 Uhr. Ein Zug fährt durch Deutschland zur Erinnerung an das Schicksal abertausender Menschen, die zwischen 1942 und 1945 in Konzentrationslager deportiert wurden. Die Ausstellung in diesem „Zug der Erinnerung“ basiert auf einer Wanderausstellung über ca. 11.000 aus Frankreich deportierte Kinder, die in Frankreich an zahlreichen Bahnhöfen gezeigt wurde. Die Deutsche Bahn AG weigerte sich hartnäckig, diese Ausstellung auch an deutschen Bahnhöfen zu zeigen. Als rechtliche Nachfolgerin der Deutschen Reichsbahn verhinderte sie so die Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte. Um den Boykott der Bahn zu umgehen, wurde nach über zwei Jahren Öffentlichkeitsarbeit in zahlreichen deutschen Städten das Projekt „Zug der Erinnerung“ ins Leben gerufen, um über diesen Umweg ein würdiges Gedenken an die deportierten Menschen, besonders die Kinder und Jugendlichen, zu ermöglichen.

Seit dem 8. November ist dieser Zug nun in Deutschland unterwegs und fährt mit Stopps in über 30 Städten die Deportationsroute in Richtung Auschwitz in Polen entlang.**

Fotos, Film- und Videosequenzen von Überlebenden berichten von der Zustellung der Bescheide, beschreiben den Weg zu den Lagern, erzählen von den Transporten. Im hinteren Zugteil laden ein Computer und eine Handbibliothek zur Spurensuche ein, denn aus jeder Stadt sind Kinder und Jugendliche deportiert worden

DIE LINKE: Öffentliche Mitgliederversammlungen am 18. Februar 2009 sowie am 18. März 2009 jeweils um 19:30 Uhr im DGB-Haus, Hebelstraße 10, Freiburg

Impressum

Herausgegeben von Linke Liste - Solidarische Stadt, Greiffengrüng 2, 79098 Freiburg
E-mail: redaktion@lissst-freiburg.de
Auflage: 10.000, Redaktionsschluss: 25.1.2009
Redaktion: Daniel Baz, Thomas Burkert, Christian Finck, Anne Meyers, Ulrike Schubert, Dirk Spöri, Hardy Vollmer.
Satz: Jürgen Baumeister
Druck: April und Tochter